

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 14. August 1925

Nummer 33

INHALTSVERZEICHNIS

Unser Verbandstag in Frankfurt a. M.	E. D.
Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften	Edl.
Der 10. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frankfurt a. M. Gewerkschaften und Olympiade	Theodor Thomas
Der Verleumdung mit Macht entgegen	G. R.
Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Beamte • Aus unserer Bewegung • Betriebsräte • Rundschau.	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesiſche Straße 42 / Telephon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

„Zeit ist Geld“ lautet die Devise der Gegenwart. Der Fabrikant muß nicht nur (f. i. t.) sondern vor allem billigfabrizieren. Konstruktion und Arbeitsmethode sind darauf einzurichten. Auch in der Fahrradfabrikation sieht man die Umstellung auf derartig moderne Erfordernisse. Vielen Radfahrern mag es unmöglich erscheinen, daß die schon seit Jahren ausgeklügelte Fahrradkonstruktion noch eine Verbilligung des Erzeugnisses zuläßt. Das dem aber doch so ist, mag folgendes Beispiel aus der Praxis erhellen. Die Befestigung des Bremshebels vom Freilauf am Rahmen erfordert ca. 3 Minuten Arbeit. Bei einer Jahresproduktion von 100 000 Fahrrädern, wie sie viele Fabriken haben, sind dies 300 000 Minuten, die mit schlecht gerechnet 300 000 Pfennigen 3 000.— Mark anzusetzen sind. Bei größerer Produktion wachsen diese Zahlen ganz gewaltig. Der weitsichtige Fahrradfabrikant verwendet daher nur den hebellosen Freilauf „Komet“. Er kann dann die gemachten Ersparnisse seinen Kunden zugute kommen lassen und dadurch den Umsatz erhöhen. Aber der „Komet“-Freilauf bringt auch dem Radfahrer noch weitere wesentliche Vorteile. Das Fehlen des besonderen Bremshebels erleichtert i. e. Reifenschäden die Demontage des Laufrades. Die doppelte Bremsdruckabnahme beiderseits verhindert die Schleuderwirkung des Laufrades auch bei stärkstem Bremsen. Außerdem kommen noch die besonderen Vorzüge der im „Komet“-Freilauf verwendeten Lamellenbremse hinzu. Jeder Radfahrer sollte daher in seinem Interesse und im Interesse der günstigen Entwicklung der deutschen Fahrradindustrie nur den nach modernsten Gesichtspunkten konstruierten „Komet“-Freilauf verlangen. Es gibt keinen besseren!

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Sieben erscheint
in siebenter, neubearbeiteter Auflage

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 160 000 Artikel auf 20 000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Die Bände I und II kosten je 30 Mark

Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen

Wichtig für Betriebsräte!

Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsoblenen

von Rudolf Weck,
Berlin-Friedrichshagen

Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung des Entlassungsschutzes für Betriebsvertretungsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung

Preis 0,40 Mk. Für Verbandsmitglieder 0,25 Mk.

Zu beziehen nur durch die
Abteilung Bücher und Schriften
Berlin SO 33, Schlesische Str. 42



mit bedingungslosem Rückkaufrecht bei Nichtgefallen
Liefere ich ebenfalls Modell 1925 mit
ganzem Aussehen, leichtem Lauf und zuverlässiger Kon-
struktion. Ausgestattet mit Doppelschlenker, Innenbügel (nicht geschwächt)
werden meine Räder komp. geliefert mit Orig. „Torpedo“ od. „Roter“-Freilauf
mit Rücktrittbremse, erhell. prima Einseitiger 3-
„Continent“ od. „Dunlop“, angenehme Ausladung 3-
gegen bequeme Wochenzahlung von nur 3 M. —
Lassen Sie sich sofort das Fahrrad kommen! Es ist für Sie ein Verdienst!
Denn: Was Sie an Fahrrad u. Zeit ersparen, bringt es Ihnen ein. Die
Anschaffung ist ohne Kosten für Sie, wenn Sie Erspartes für die
beg. Rate verwenden! Verlangen Sie sofort illust. Prospekt gratis u. frei!

Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach 844 F.
In Berlin erh. Besuch meiner Ausstellungsräume, Alexandrinerstr. 97 v. 8-7.

Käse-
Fabrik
Großhandel
Import

Lieferant von ca. 2500 Bohlen,
Instituten u. Kranenbänken. Tihalt.
Art. Laibe v. ca. 3 Pfd. 64 Pf. je
Pfd. Wirtschaftliche, Bilde v. ca.
6 Pfd. 75 Pf. u. Pfd. Halbfabrikate
Laibe v. 15-25 Pfd. 94 Pf. u. Pfd.
Eisenschiff, rote Kap. v. ca. 4 1/2
Pfd. 102 Pf. u. Pfd. Franko d. Land.
Vergangene, Harz u. Ware. An
Bestell 14 Tage Ziel. Gogr. 1910.

C. Armbruster,
Altrahlstedt Nr. 6 (Wolslein)

Musik in Jedes Haus!

Alle Musik-
Instrumente

Sprechapparate etc.
ger. kleine Anzahl.
kleine Raten. Großer
Illust. Katalog frei.
F. Gottschalk Köln 117,
Luxemburger Str. 31.

Mk. 100
Anzahl. Liefere
Schlafzimmer,
Speisezimmer,
Mk. 50 Einzeimöbel,
Mk. 30 Küchen

WENGER, BERLIN
Alte Schöneburger Straße 28

Musikinstrumente erillig,
zu Fabrik. empf. die voll-
ständige Musikinstr.: Vog-
elk. Musikinstrumente: Pa-
jark u. Holz. Horn. Molling Jr.
Markenzeichen Nr. 241. Katalog
gratis und Angabe d. gewünschte
Instrumente. Bei Siderschiff. Teils.

Eine Dichtung von hinreißender Leidenschaftlichkeit

HEINRICH LERSCH

MENSCH IM EISEN

Gesänge von Volk und Werk • Gebund. 4.50 Mk. in Ganzl. 6.— Mk.

Deutsche Verlags-Anstalt • Stuttgart • Berlin • Leipzig

URANIA

12 Monatshefte und
4 wertvolle Bücher
vierteljähr. nur 1.25,
mit geb. Buch 1.80 M.

Probehefte und Prospekte

Zu beziehen durch die
ABTEILUNG BÜCHER UND SCHRIFTEN,
VERBAND DER GEMEINDE- UND STAATSARBEITER,
Berlin SO 33, Schlesische Strasse 42

TROTZKI 1917

DIE LEHREN DER REVOLUTION

Herausgegeben von Dr. PAUL LEVI

80, 80 Seiten. — Preis kartoniert 1.— Mark

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Unser Verbandstag in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., den 8. August 1925



Nach der Eröffnung des Verbandstages am Montag durch den Verbandsvorsitzenden Müntner erfolgte eine Anzahl Begrüßungsreden, die unsere Leser an anderer Stelle wiederfinden. Kollege Müntner erstattete den Geschäftsbericht für die letzten drei Jahre in Ergänzung des schriftlich den Delegierten bereits zugegangenen Berichts. Aus der Fülle des Materials, die der Kollege Müntner in fast zweistündigen Ausführungen den Delegierten unterbreitet, sei nur erwähnt, daß er insbesondere die Inflationszeit in bezug auf ihre Einwirkung auf das Gewerkschaftsleben ausführlich schildert, ferner die Auswirkungen des Dawes-Gutachtens auf die deutsche Volkswirtschaft. Sodann geht der Redner auf die Differenzen mit dem Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände ein und stellt fest, daß in der Verhandlungskommission seinerzeit unter „bisherigem Zustand“ unter allen Umständen nicht das verstanden wurde, was jetzt die Herren Syndici des Arbeitgeberverbandes behaupten. Die Bestrebungen der Entkommunalisierung, der Versuch, Zehngas in Rheinland einzuführen, sowie eine Anzahl anderer Dinge werden ferner von dem Kollegen Müntner im einzelnen dargelegt. Dann geht er zur Frage der Organisationsform der deutschen Gewerkschaften über und schildert eindringlich die zahlreichen Verhandlungen der verschiedenen Körperschaften, um einen Fortschritt in dieser Frage zu erzielen. Unser Versuch, mit dem Eisenbahnverband in ein engeres Verhältnis zu kommen, ist bis jetzt befriedigend gelungen, und es besteht begründete Aussicht, daß auch der Verkehrsverband sich diesem Verträge anschließt, zumal ein besonderer Kartellvertrag mit dem Verkehrsverband abgeschlossen werden soll, der die bestehenden Differenzen regelt und ausgleicht. Zum Schluß geht der Kollege Müntner auf den Wert unserer Internationale ein, schildert den Opferwillen der Bruderverbände für uns in den Zeiten unserer Inflationsnot und stellt andererseits fest, daß wir bereits für den großen Kampf in Dänemark in der Lage waren, ungefähr das Doppelte dessen für die internationale Unterstützung zu geben, was wir von der Internationale empfangen hatten. Wir sind eine der größten Gewerkschaften geworden. Das legt uns gewisse Pflichten auf. Wir müssen allen Angriffen unserer Arbeitgeber gegenüber mit der notwendigen Stärke auftreten.

Es sind eine Anzahl Begrüßungstelegramme für den Verbandstag eingegangen, die der Vorstehende Schneider verliest. Ferner gibt er den Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Eisenbahnverband und dem Deutschen Verkehrsverband im Wortlaut bekannt, ebenso den Entwurf eines besonderen Kartellvertrages zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Deutschen Verkehrsverband.

Alsdann gibt Kollege Ruppert den Kassenbericht. Aus dem großen Gewimmel von Zahlen sei nur hervorgehoben, daß unsere Finanzen sich nach der schrecklichen Inflationszeit seit etwa Jahresfrist dauernd im Aufstiege befinden; und wenn wir auch noch nicht den Stand der Kasse der Vorkriegszeit pro Kopf der Mitglieder erreicht haben, so ist doch der Gesamtassenbestand nicht ungenügend, wobei aber zu bedenken ist, daß wir auch in ganz anderem Maße in Kämpfe verflochten worden sind und weiter sein werden, als dies früher der Fall war. Kollege Ruppert verläßt am Schluß nicht, wie das Pflicht und Gepflogenheit der Kassierer ist, darauf hinzuweisen, daß trotz des günstigen Standes der Hauptkasse wir ge-

zwungen sind, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam hauszuhalten.

Den Bericht über unsere Presse erstattet Kollege Dittmer. Er weist darauf hin, daß vielleicht auf keinem Gebiet sich die Inflation so unangenehm bemerkbar machte wie in bezug auf die Agitation mit Hilfe unserer Presse. Die gewaltigen Einschränkungen, die erfolgten, haben die Gesamtagitationsarbeit schwer gefährdet. Dagegen sind wir in überraschender Weise im letzten Jahre vorwärts gekommen. Wir konnten die Ausgestaltung unserer Presse sowohl innerlich wie auch äußerlich vornehmen. Insbesondere ist es gelungen, den Fachcharakter der „Sani“ stärker in den Vordergrund zu stellen und damit ein Bildungsmittel für die Kollegen unserer Reichssektion „Gesundheitswesen“ zu schaffen. In den letzten Monaten mußte besonders die Handlungsweise des Reichsarbeiterverbandes auch in der Presse unter die Lupe genommen werden, obwohl es natürlich auch von unserem Gesichtspunkt aus wünschenswert wäre, wenn wir uns nicht in der Presse damit beschäftigen müßten, sondern — sei es auf dem Wege der Verhandlung, sei es auf dem Wege des Kampfes — unsere Forderungen zur Durchführung gelangen. Die Haltung unserer Presse unter Berücksichtigung der kommunistischen Anträge von Herne und Rostock war eine solche, daß auch unsere linksgerichteten Kollegen sich eigentlich durchaus nicht beklagen können. Soweit es möglich war, ist auch ihrer Auffassung Rechnung getragen worden. Es ist natürlich nicht angängig, daß wir gewerkschaftsschädigende Dinge, wie sie mitunter in der kommunistischen Presse festzustellen sind, unbeantwortet lassen. Ebenso sind wir verpflichtet, zu den einzelnen politischen Fragen Stellung zu nehmen, sollen nicht die Arbeiterinteressen schwer gefährdet werden. Redner fordert insbesondere die Delegierten auf, dafür zu sorgen, daß möglichst jeder Kollege unsere Presse liest, damit das angesammelte reichhaltige Material auch ausgenutzt wird. Ebenso muß unser Schriftenverlag, insbesondere die kleine Schriftenreihe zur Aufklärung und Weiterbildung unserer Mitglieder, noch wesentlich mehr Beachtung finden, wenngleich wir in den letzten Jahren bereits weit über 30 000 davon abgesetzt haben.

Es erfolgt hierauf der Kassenrevisionsbericht, den Perßel-Berlin erstattet.

Den Ausschuhbericht gibt Lang-Stuttgart. Es sind diesmal vornehmlich kleinere, untergeordnete Angelegenheiten, die den Ausschuh beschäftigt haben. Fast alle Angelegenheiten sind durch Aussprache oder in anderer Weise nachträglich geregelt worden. Kollege Lang betont am Schluß, daß das Zusammenarbeiten mit dem Verbandsvorstand ein befriedigendes war.

Hierauf beginnt die Diskussion über den Geschäftsbericht, die Polenske-Berlin mit einer Erörterung über die Schwierigkeiten in der Ausgestaltung des AMI, sowie über die Entkommunalisierungsbestrebungen eröffnet. Die Kollegen Dröpp und Sport schildern eindringlich die Schwierigkeiten der Organisationsarbeit im besetzten Gebiet, erörtern gleichfalls die Frage des AMI und wünschen, daß die „Beamten-Gewerkschaft“ entsprechend den vorliegenden Anträgen ausgebaut wird. Damit schließt der erste Tag.

Am zweiten Verhandlungstage setzt die Debatte in etwas lauterer Tonart ein, insbesondere durch die Kollegen Michelen-Herne sowie Necker-Rostock, die von ihrer grundsätzlichen kommunistischen Einstellung aus die Dinge beleuchten. Insbesondere wird dabei die Tätigkeit des ADGB scharf kritisiert. Die Verögerung des Zusammenchlusses der Industrieorganisationen seit Leipzig ist unver-

antwortlich. Mit unserem Reichsmarktarifvertrage kann man unter gar keinen Umständen zufrieden sein, unsere Presse hätte bei der Präsidentenwahl auf die Kommunisten hören sollen, dann wäre es anders gekommen. Redner verbreitet sich insbesondere über den 50-Pf.-Beitrag an den ADGB für die Zurückeroberung des Achtstundentages. Er kommt auf die Wirkungen des Dawes-Gutachtens zu sprechen und hält es für einen schweren Fehler, daß es nicht abgelehnt worden ist. Die Arbeiterchaft, meint Redner, ist heute viel friedlich eingestellt. Wir müssen viel stärker demonstrieren. Daß wir etwas erreichen können, hat der Rapp-Bußch bewiesen. Auch er hält es für unverantwortlich, daß die Berufsverbände sich heute profitellos noch nicht zusammengeschlossen haben zur Industrieorganisation.

Hierauf ergreift der Vertreter des ADGB, Eggert, das Wort zu einer inhaltsreichen, sehr interessanten Abrechnung mit den kommunistischen Vordrednern. Insbesondere behandelt der Redner die Frage der Neutralität der Gewerkschaften, wie sie in der Vorkriegszeit zur Erörterung stand. Die Situation hat sich für die Gewerkschaften erheblich gewandelt. Sowohl die Gesetzgebung als auch das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat sind anders geworden. Redner schildert dann die Auswirkung der Inflationszeit, insbesondere den Vorstoß des Unternehmertums gegen den Achtstundentag und die Abwehrmaßnahmen des ADGB. Es ist uns immerhin gelungen, 84 Proz. der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erhalten, wozu allerdings eine Anzahl Kämpfe notwendig wurden, die auch vom ADGB entsprechend unterstützt worden sind. Deutschland kann nicht losgelöst werden von der Weltwirtschaft, und wenn ein Teil der deutschen Wirtschaft monatelang nicht arbeiten kann, so geht es nicht den Unternehmern an den Thron, sondern unsern Arbeitsbrüdern und -schwestern. Kein Volk der Welt kann die Kampfmittel von einem anderen Volk slavisch übernehmen. Aus unsern Existenzbedingungen ergeben sich die Ziele des Kampfes. So sehr es zu beklagen ist, daß ein erheblicher Prozentsatz der deutschen Arbeiterschaft zurzeit noch länger als acht Stunden arbeiten muß, ist doch das Festhalten am Achtstundentag auf der vorhandenen Basis ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Bezüglich der Reichspräsidentenwahl war es notwendig, den gewerkschaftlichen Gesichtspunkt zum Ausdruck zu bringen, da auch die Lebensinteressen der Gewerkschaften hierbei ähnlich wie bei den politischen Wahlen auf dem Spiele stehen. Eggert nahm dann gleichfalls Stellung zu der Organisationsform der deutschen Gewerkschaften. Er schildert die Gründe Larnows und Dörmanns und ist der Meinung, daß der Vorschlag des ADGB eine Verstäudigung in Breslau ermöglichen muß.

In trefflicher Rede weist auch der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Scheffel, auf die Notwendigkeit hin, entsprechend der Resolution Dörmann für die Industrieorganisationen einzutreten. Für unsere Organisationen ist die Betriebsorganisation die zweckmäßigste Form. Redner nimmt ferner Stellung zu den vorliegenden Kartellverträgen, die er freudig begrüßt. Ebenso nimmt der Vorsitzende des Verkehrsverbundes, Schumann, hierzu bekräftigend Stellung, während er in der Organisationsfrage die Meinung vertritt, daß der Leipziger Beschluß in einer Situation gefaßt sei, mit der wir heute nicht mehr zu rechnen haben.

Stetter schildert die Entwicklung unserer Beamtensetzung und die Schwierigkeiten, die sich ergeben infolge der organisatorischen Zerrissenheit der verschiedenen Gruppen RdR. und Feuerwehr. Es muß versucht werden, das Verschmelzungsproblem zu lösen, soll nicht die Agitation schwer leiden. Erfreulich ist insbesondere der Beschluß des Berliner Bezirksparteitages, der hoffentlich auch vom Gesamtparteitag der SPD. angenommen wird, daß sich jeder sozialdemokratische Beamte freigewerkschaftlich zu organisieren hat.

Im Verlauf der weiteren Diskussion, an der sich unter anderem Engelhardt-Stuttgart, Geiler-Freiburg i. B., Reihner-Königsberg, Mühlh. Halle, Kort-Danzig, Lagodzinski-Berlin beteiligten, wird insbesondere der RM. in seiner jetzigen Form sowie die willkürliche Auslegung des Arbeitgeberverbandes in bezug auf den Wortlaut der §§ 7 und 13 einer herben Kritik unterzogen. Damit endet der zweite Verhandlungstag.

Am dritten Tage wird die Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Wir verweisen dabei auf die Einzelberichte und wollen nur noch feststellen, daß Kollege P. Schulz die Einwände gegen den RM., soweit diese grundsätzlicher Art waren, zurückweist, jedoch erklärt, wie die willkürliche Auslegung des Arbeitgeberverbandes zustande gekommen ist und sich ebenfalls scharf gegen diese Willkür ausspricht.

Nach den Schlussworten der Kollegen Ruppert, Dittmer und Müntner erfolgt die Abstimmung einer Anzahl von Vorstandsentscheidungen über Entkommunalisierung, Zollvorlage, Technische

Nothilfe, Arbeitszeit, Lohnpolitik, Tarifrecht, Industrieorganisationen und Beamtenfragen, die sämtlich einstimmig angenommen werden, während die große Mehrzahl der Anträge zum Geschäftsbericht entsprechend den Beschlüssen der Statutenberatungskommission entweder abgelehnt oder dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird.

Hierauf tritt der Verbandstag in die Statutenberatung ein, die sich nach der Vorberatung der Kommission überraschend schnell abwickelt. Wir verweisen auf den Bericht in der nächsten Nummer.

Hierauf gibt Kollege Tevenan-England eine interessante Darlegung der Entwicklung unserer englischen Bruderorganisation und der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung — Wahl der Verwaltungskörper — berichtet Meister-Magdeburg. Nach kurzer Debatte über die Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder werden die folgenden Kollegen gewählt: Müntner, 1. Vorsitzender; Becker, 2. Vorsitzender; Ruppert, Kassierer; Schulz und Stetter, Sekretäre, gegen 4 Stimmen. Als Redakteur wurde Dittmer einstimmig wiedergewählt. Von den unbesoldeten Mitgliedern des Verbandsvorstandes wurden die Kollegen Hepprich, Elix und Bork wiedergewählt. Hinzu treten die Kollegen Leibecker, Frobel und Krause. Verbandsausw. u. u. u. Lang, Rog. Hahn, Schmolz, Roth, Engelhard, Großhans.

Es wird hierauf die Festsetzung der Gehälter und Diäten beraten sowie die Unfallversicherung der Funktionäre und die Invaliden- und Altersversicherung der Angestellten. Die Gehaltsfrage entfesselt eine längere Diskussion, die in den bisher glänzend und rein sachlich verlaufenen Verbandstag eine kleine Unstimmigkeit zu bringen schien, die aber dann durch Annahme der Vorschläge des Verbandsvorstandes ausgeglichen wird.

Den vierten Tag hatte die Filiale Frankfurt zu einer Rheinfahrt nach St. Goarshausen vorgesehen, die unter voller Beteiligung des Verbandstages sowie einer Anzahl der ausländischen Delegierten und Gäste stattfand. Der Ausflug, der allen Teilnehmern sicher in freudiger Erinnerung sein dürfte, hatte einen besonderen Charakter durch unsere Filialen in Gießenheim und Bingen, die mit Delegationen auf den Schiffen erschienen und große Blumen-, Früchte- und Weinarrangements für die Internationale und den Vorstand mit Ansprachen über die Organisationsverhältnisse und besonderen Wünsche der Kollegenschaft überreichten. An den Gaben beteiligte sich auch die Stadtverwaltung Bingen.

Der fünfte Tag begann mit dem Referat des Kollegen Dittmer über „Die Bildungsaufgaben unserer Organisation“. Redner entwickelt ein ausführliches Bildungsprogramm für die Gewerkschaften im allgemeinen und für unsere Organisation im besonderen. Eine lebhaft und interessante Aussprache ergänzte diese Ausführungen nach den verschiedensten Richtungen hin. Die Resolution des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Ueber das Tarifrecht in den öffentlichen Betrieben sprach an Stelle Einzelheimers Dr. Reumann. Er erweiterte das Thema insoweit, als er über das „Tarifrecht und die Gewerkschaften“ sprach.

Dann sprach Paul Hirsch über „Arbeiterpolitik in Reich, Staat und Gemeinden“. In seinen Ausführungen zog der Redner insbesondere eine Parallele mit der Vorkriegszeit und legt die Schwierigkeiten dar, die den Gemeinden auch von Seiten des Staates in neuerer Zeit vielfach bereitet worden sind. Die Diskussion, an der sich die Kollegen Geiler-Freiburg i. B., Richter-Berlin, Döcker-Weipzig und Reihner-Königsberg beteiligten, bewegte sich im Sinne des Referats.

Mit Rücksicht auf die Geschäftslage wurde am sechsten Tage das Referat über die „Internationale“ abgelehnt, zumal es bereits im Geschäftsbericht schriftlich erstattet ist. Die Wahl für den Internationalen Kongress in Stockholm ergab folgenden Resultat: Bock München, Heinh-Röhl, Polenske-Berlin, Ihle-Hamburg. Hierzu kommen drei Vertreter des Verbandsvorstandes.

Eine kurze Diskussion entspann sich noch über eine Studenten-delegation nach Rußland. Es wurden mit allen gegen etwa 5 Stimmen sämtliche Anträge hierzu dem Verbandsvorstand überwiesen.

Dann pacte eine Anzahl Filialen der Ehrgelz, den nächsten Verbandstag in ihren Mauern zu haben. Köln ging als Sieger aus dem Rennen hervor.

Ramen der gesamten ausländischen Delegierten brachte der Internationale Sekretär van Hinte noch einmal den Dank für die Gastfreundschaft zum Ausdruck. Wenn sich mancher von den ausländischen Bruderorganisationen gefragt hatte: „Wird es auf diesem Verbandstage ebenso werden wie in Nürnberg und Magdeburg, oder wird der Geist der Einigkeit und Brüderlichkeit Einzug halten?“, so hat sich das letztere gezeigt, und wir dürfen Vertrauen in die Zukunft setzen und werden uns bemühen, diesen Geist der

Einigkeit auch in die ausländischen Organisationen weiterzutragen. Redner endet mit dem Hoch auf den deutschen Verband und die Internationale. Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und singen die erste Strophe der Internationale.

Nach einem Schlusswort des Kollegen Müntner, in welchem er die einzelnen Tagesordnungspunkte noch einmal Revue passieren ließ, wurde der Verbandstag gegen Mittag geschlossen.

Den Frankfurter Kollegen ist wiederholt auf dem Verbandstage der Dank für die Veranstaltungen und die Organisation des Verbandstages ausgesprochen worden. Es muß betont werden, daß tatsächlich vom ersten bis zum letzten Tage alles getlappt hat. Diese wundervolle Organisation hat sicher erheblich zum guten Gelingen beigetragen. Sämtliche Delegierten und Gäste werden gewiß die Frankfurter Tage in gutem Gedenten behalten. E. D.

Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften.

V. Stellungnahme Dismanns.

Als berufener Träger der Idee des Industrieverbandes ist der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Robert Dismann, bezeichnet. Er hat bereits in Leipzig in seinem Referat die Grundzüge dargelegt, die zur notwendigen Konzentration der deutschen Gewerkschaften führen müssen. Die Resolution, die er im Einvernehmen mit den großen Industrieerbandsvertretern vorlegte, wurde mit übergroßer Mehrheit auf dem Gewerkschaftskongress angenommen. Dismann hat nun neuerdings, zunächst in der „Arbeit“, dem wissenschaftlichen Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heft 5 und 6 die Frage behandelt unter dem Titel „Berufsorganisationen oder Industrieverbände“. Außerdem sind die gleichen Gedankengänge in einer besonderen Broschüre mit gleichem Titel abgedruckt als Beilage zu Nr. 14 der „Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie“. Wir müssen uns nun mit diesen Darlegungen Dismanns etwas eingehender beschäftigen, weil sie im Grunde auch unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen. Dismann beschäftigt in der Einleitung die schwierigen Verhältnisse zur Zeit des ersten Gewerkschaftskongresses 1892. Er weist darauf hin, daß der Zusammenschluß von Organisationen nicht immer gerade Wege gegangen ist, sondern daß die eine förmliche Zusammenwürfelung vor sich ging. Es ist auch im Laufe der Entwicklung häufig der Fall eingetreten, daß kleinere Verbände absolut nicht lebensfähig waren und künstlich mit Hilfe der Generalkommission oder anderer Gewerkschaften über Wasser gehalten werden mußten. Aber auch der Anschluß an falscher Stelle hemmte den Weg zur Einrichtung von Industrieorganisationen. Das ist eine ernste Mahnung, nimmere Wege und Ziele zur Industrieorganisation scharfer zu umreißen. Das Rekrutierungsgebiet der Gewerkschaften ist schon seit langem nicht nur bei den Sacharbeitern, sondern im stärksten Ausmaß bei angelernten und ungelerten Arbeitern. Technische Entwicklung und Maschinenindustrie haben das zuwege gebracht. Der Kampf der Branchen untereinander hemmt den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. Dismann erläutert sodann als Beispiel das Agitationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes, der wiederholt sein Tätigkeitsfeld wechselte und z. B. längere Zeit die Kondarbeiter organisierte. Heute hat er sich förmlich als Industrieorganisation mit betrieblicher Unterlage durchgesetzt, in der chemischen Industrie, in der Papierindustrie und der Industrie der Steine und Erden, zum Teil auch in der Nahrungsmittelindustrie, obwohl hier eine Anzahl Verbände sich das Tätigkeitsgebiet streitig machten. Gewiß wird man zugeben können, daß für längere Zeit das sogenannte historische Recht eine Bedeutung hatte. Das kann aber nicht für alle Zeiten sein, sondern wir müssen fragen: was ist entscheidend für die Organisationsform? Das sind insbesondere folgende Fragen:

A. Welchen Weg ging die ökonomische und industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte?

B. Wie sieht das Unternehmertum in seinen wirtschaftlichen Machtpositionen wie in seinen Klassenorganisationen heute den Arbeitern und ihren Gewerkschaften gegenüber?

C. Welche veränderten und erweiterten Aufgaben haben die Gewerkschaften heute gegenüber der Vorkriegszeit aufzuweisen?

D. Welche Kräfte stehen den Arbeitern heute in den Gewerkschaften zur Verfügung, und wie sind diese Kräfte zu konzentrieren, um mit den vorhandenen Mitteln und Kräften den Unternehmern wirksam entgegenzutreten, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden, für die Arbeiterinteressen den größtmöglichen Erfolg zu erzielen und den Gewerkschaften die Bahnen frei zu machen für eine gesunde Weiterentwicklung?

Dismann wendet sich dann gegen die Ausführungen Tarnows, als ob die kommunikativen Gewerkschaftler und deren Partei vorwiegend Träger des Gedankens der Industrieorganisation sei. Er stellt gleichfalls fest, daß schon vor der Revolution die Gedanken festen Fuß gefaßt hatten und die Konzentration der Gewerkschaften gefordert wurde. Was ist nun aber seit dieser Zeit geschehen? Es läßt sich zusammenfassen: viel zu wenig. Gewiß sind wir in Leipzig vor neue politische Aufgaben gestellt worden, und daß die Gewerkschaften nicht nur Wirtschafts- und Sozialpolitik treiben müssen, beweisen die Vorgänge aus jüngster Zeit. (Der Rathenaumord, der Währungszerfall, der Ruhestreik, die Stabilisierungskrise, der Schutzzoll

und die Handelspolitik.) Dismann schildert erneut die Lebensperiode der deutschen Gewerkschaften um 1923 und betont, daß es nicht auf die Einzelheiten ankomme, sondern daß die allgemeine Entwicklungslinie gefördert werden müsse, so daß wir nicht auf weitere Jahre und Jahrzehnte mit dieser Tarnow-Entwicklung warten müssen. Haben wir erst große Industrieverbände, so können unter den großen Organisationen wiederum Gemeinschaftskartelle geschaffen werden, so z. B. zwischen Eisenindustrie, Rohle und Verleht. Nicht der Spezialarbeiter und Handwerker sind heute das Entscheidende, sondern das vereinte Gesamtprodukt, Eisengewinnung und Ersetzung. Rohstoffindustrie und verarbeitende Industrie wirken Hand in Hand und sind voneinander vielfach schwer zu trennen. Dismann legt dies in allen Einzelheiten ausführlich dar. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind heute auch ganz andere geworden als früher. Der ADGB hat wesentlich mehr Politik, insbesondere Wirtschaftspolitik zu treiben. Darum muß er eine festere Basis haben, in wenigen Großverbänden anstatt wie heute, auf die Berufsgruppen eingeteilt zu sein.

Es ist auch auf die Dauer unerträglich, daß bei Tarifverhandlungen 5 bis 10 Vertreter der verschiedenen Organisationen an den Verhandlungen teilnehmen. Da entsteht häufig ein tattisch nicht immer kluges Vorgehen in der Sorge um die gegenseitige Konkurrenz. Besonders interessant ist, was Dismann im einzelnen hierzu ausführt. Wir geben nachfolgend ein kleines Zitat:

„Heute sind es die Maschinisten und Helfer, die bekanntlich die „Hand an der Gurgel des Betriebes“ haben, morgen die Holzarbeiter, übermorgen die Lackierer, Kupferstiche usw. Oder auch, daß sich die diversen Berufsverbände zum „gemeinsamen Vorgehen“ vereinigen. Klappt es nicht mit den Sonderverhandlungen, dann stellt heute hier, morgen dort eine dieser Berufsgruppen in einzelnen Betrieben die Arbeit ein. Die Unternehmer antworten prompt mit einer Gesamtansperrung der Metallarbeiter, und wir haben dann dauernd die Folgen dieser Taktik auszuhalten. Ein unhaltbarer Zustand, der auf längere Zeitdauer jede gesunde Gewerkschaftsarbeit unmöglich macht. Da helfen auch nicht allgemeine Reglements für Bewegungen und Streiks. Diese Wirrwirrlage findet ihre Begründung in den heutigen Organisationsverhältnissen und deren System. Jede Berufsorganisation muß doch „beweisen“, daß sie besser imstande ist, die Interessen ihrer Berufsgenossen zu wahren, als ein Industrieverband. Nun ist es wirklich keine besondere Leistung, für einzelne Berufsgruppen einige Pfennige mehr Lohn herauszuholen. Das haben uns die Unternehmer oft genug angeboten. Doch besondere Lohnerböhrungen für einzelne Sacharbeitergruppen erfolgen nur auf Kosten der anderen Arbeiterklassen eines Industrieunternehmens. Wo bleibt da die Pflege allgemeiner Solidariät?“

Die ungeheure Kräftezersplitterung im heutigen System zahlreicher Verbände ist auf die Dauer nicht zu verantworten. Es kommt aber noch hinzu, daß auch die Betriebsräte eine ganz andere Bedeutung für die Gewerkschaften gewonnen haben als das früher möglich war. Sie sind vorwiegend auf den Betrieb eingestellt und sind sowohl für Handwerker wie angelernte und ungelernete Arbeiter tätig. Dismann kommt zu der Schlussfolgerung, daß die Tarnowsche Forderung, dem ADGB größere Rechte zu erteilen, nicht zweckmäßig sei, sondern von „untenauf“ müßte der Druck kommen. Diesen Gedankengängen Dismanns können wir nicht folgen. Richtig ist aber ohne Zweifel, was Dismann sagt über Technik und Wirtschaft, über die Organisation des Betriebes, im besonderen die Typisierung und über die rationelle Wirtschaft, die von den Industrieerbsverbänden in ganz anderer Weise beobachtet und nutzbar gemacht werden kann für die Gewerkschaften. In seinen weiteren Gedankengängen widerlegt Dismann eine Reihe von Gründen Tarnows, die für die Berufsgewerkschaften sprechen sollen. Man könne drei Arten von Gegnern der Industrieerbsverbände erkennen:

A. Anhänger von Berufsorganisationen, die Industrieerbsverbände bekämpfen oder

B. ihre eigene Organisation als einen Industrieverband bezeichnen und es ablehnen, über deren Rahmen hinaus einer Vereinigung mit anderen oder verwandten Organisationen zu einem größeren Industrieverband zuzustimmen. Dazu kommt

C. der Fabrikarbeiterverband, der in seiner Organisation u. a. die Arbeiter einer ganzen Anzahl einzelner Industriezweige vereint, jedoch befürchtet, daß ihm bei Schaffung einheitlicher Industrieverbände Gebiete verloren gehen würden, die er bisher bearbeitete.“

Die Einwendungen der Berufsgewerkschaftler halten einer ersten Prüfung nicht stand. Sind denn, so fragt Dismann, die jetzigen Industrieverbände ein Sammelsurium? Nein, die Interessen der Branchen werden auch in den Industrieverbänden hervorragend gewahrt, und wenn das in früheren Jahren hier und da nicht überall der Fall gewesen sein sollte, so hat sich in den letzten Jahren durch Schaffung besonderer Branchen oder Sektionen, Fachbildungseinrichtungen usw. in den meisten Industrieverbänden ein geradezu einwandfreies Arbeiten herausentwickelt. Man kann als Beispiele insbesondere die Holzarbeiter, Metallarbeiter, auch die Gemeindegewerkschaften nennen.

Auch die Organisationsstreue, die in den Berufsgewerkschaften stärker sein soll, ist in Krisenjahren, und in Zeiten, da sich auch Berufs- und Fachrisiken auswirken, wie das heute vielfach der Fall ist, nur bedingt vorhanden. Zeitweilig mußten, so ist uns erinnerlich, die Bildhauer nach Amerika wandern, eben weil die herrschende Mode einer Anwendung der Holzbildhauerei nur in geringem Maße zuließ. Bei den Buchdruckern fand in Zeiten der großen Arbeitslosigkeit eine Massenabwanderung in andere Industrien statt, die, wie wir schon zeigen konnten, heute noch nicht ganz überwunden ist. Dismann widerlegt auch den Gedanken Tarnows, als läme es darauf an, unter allen Umständen einheitlich festzustellen, ob Betrieb, Arbeitgeber oder Industrieprodukt entscheidend für die Organisation sein sollte. Es komme auch nicht darauf an, ob der eine oder andere Verband Mitglieder gewinnt oder verliert, sondern die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit für die gesamte Arbeiterschaft muß als Richtlinie dienen. Die allgemeinen Richtlinien legt Dismann in einem besonderen Vorschlag vor, den wir nachstehend wiedergeben:

Allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industrieverbänden.

1. Nicht der Betrieb (Unternehmer), sondern die Industrie ist der Rahmen für die Organisation. Dabei wird in 95 von 100 Fällen der Betrieb (Unternehmer) mit der Industrie übereinstimmen. — Neben den Industrien (Gewinnung, Erzeugung und Verarbeitung) kommen Handel, Transport und Verkehr als Gewerbegruppen in Frage. Meistlich liegt es bei verschiedenen anderen Gruppen. Nicht alle kommen als produzierende oder industrielle Gruppen in Betracht. Doch was für die produzierenden Industriegruppen gilt, trifft sinn- und naturgemäß auch für die anderen Gruppen der verschiedenen Gewerbe zu.

2. Ob der Industrieverband die Rohstoffe (gewinnende oder erzeugende) mit der weiterverarbeitenden Industrie vereinigen soll, bedarf bei jeder Industrie einer besonderen Prüfung. Was für verschiedene Industriegruppen zutrifft (siehe u. a. Eisen und Metalle erzeugende und verarbeitende Industrien), braucht bei anderen Gruppen (siehe Papier erzeugende Industrie und graphische Industrien) nicht besagt zu werden. Zu entscheiden ist nach der Natur und dem Wesen der einzelnen Industrien, ihren Zusammenhängen und der Zweckmäßigkeit ihrer organisatorischen Zusammenfassung.

3. Industrieorganisationen sollen erfassen alle Arbeiter und Arbeiterinnen der für die Organisation in Frage kommenden Industriezweige, die mit der Herstellung der auf den Markt gelangenden Produkte beschäftigt sind. Nicht die Teilarbeit, sondern das Gesamtprodukt — Endprodukt — ist entscheidend. Daraus kommen die Nebenanlagen des Industriebetriebes, die organisch mit den Produktionsverhältnissen verbunden sind resp. für die Produktion des Hauptwerkes als unentbehrlich und notwendig in Frage kommen; Nebenanlagen, die das im Hauptwerk gewonnene Produkt weiterverarbeiten, um es verkaufsfähig zu machen; Nebenanlagen, die betriebs-technisch, in der Art der Arbeit und nach ihrem ganzen Wesen mit dem Hauptwerk verbunden sind.

4. Aus dem unter 1 bis 3 Gesagten geht hervor, daß die Reparaturarbeiter eines Unternehmens, soweit deren Tätigkeit in die Produktion des Werkes resp. der Industrie mit eingreift, oder mit ihr zusammenhängt — Reparaturarbeiter, die zur Fortführung und Erhaltung des Betriebes der in Frage kommenden Industrie notwendig sind —, zu dem für das Werk zuständigen Industrieverband gehören müssen.

5. Sind in einem Großbetrieb mehrere Industriegruppen vorhanden, die nicht aufeinander angewiesen, sondern die getrennt und in der Produktion (Endprodukt) unabhängig voneinander sind, so gehören diese verschiedenen Industriegruppen zu den für sie zuständigen Industrieorganisationen. (Beispiel: Krupp-Unternehmen in Essen. Dort kommen u. a. neben der Eisen erzeugenden und verarbeitenden Industrie als selbständige und von der ergründeten Industrie unabhängige Gruppen in Frage: Bangewerbe, Graphisches Gewerbe, Bergbau, Handel, Transport, Verkehr usw.)

Unter den Begriff selbständiger und voneinander unabhängiger Industrien eines Großunternehmens fallen nicht die einzelnen Fachabteilungen eines Industrieunternehmens, die in der einzelnen Abteilung Teilarbeit verrichten resp. einzelne Teile herstellen, die im weiteren Arbeitsprozeß montiert, zusammengesetzt oder miteinander bearbeitet werden, um dann als gemeinsames Endprodukt auf den Markt zu gelangen.

6. Selbständige Handels-, Transport- und Verkehrsabteilungen eines Großbetriebes, die losgelöst, getrennt und unabhängig von der Produktion und den einzelnen Produktionsabteilungen sind, gehören zum zuständigen Industrieverband für Handel, Transport und Verkehr. Für diese Gewerbegruppen resp. -abteilungen trifft sinngemäß das unter 5. Absatz 1. Gesagte zu.

Aus diesen Richtlinien folgert nun Dismann den neuen organisatorischen Aufbau der deutschen Gewerkschaften. Er schlägt folgende Einteilung vor:

- I. Industrieverband für den Bergbau.
- II. Industrieverband für die Eisen und Metalle erzeugenden und verarbeitenden Industrien.
- III. Industrieverband für die Holz- und Schnitzstoffindustrie.
- IV. Industrieverband für das Baugewerbe.
- V. Industrieverband für Steine, Glas und Keramikindustrie.
- VI. Industrieverband für die Chemie, Rohstoffe für Holz- und Tinten, Papiererzeugung und diverse Industriezweige mit vorwiegend ungelerten Arbeitsträften.
- VII. Industrieverband für das graphische Gewerbe und die Papier verarbeitende Industrie.
- VIII. Industrieverband für die Lebensmittel- und Genussmittel- (Getränke-)Industrie.
- IX. Industrieverband für die gesamte Tabakindustrie. (Zigaretten-, Zigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabakherstellung.)
- X. Industrieverband der im gesamten Hotel- und Gastwirtschaftsbereich Beschäftigten. (Hotels, Restaurants und Cafés.)
- XI. Industrieverband für die Textilindustrie.
- XII. Industrieverband für die Bekleidungsindustrie.
- XIII. Industrieverband für die Leder herstellende und verarbeitende Industrie.
- XIV. Industrieverband für die Land- und Forstwirtschaft und den Weinbau.
- XV. Industrieverband für die im Handel, Transport- und Verkehrsgewerbe einschließlich der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen.

XVI. Falls zurzeit von der Schaffung einer Einheitsorganisation für alle im Handel, Transport, Verkehr, in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen usw. Beschäftigten (wie unter 1-5 vermerkt) abgesehen werden sollte, dann sind für a) den Verkehrsband, b) den Eisenbahnerverband, c) den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband im Bereiche ihres Tätigkeitsgebietes die organisatorischen Grundzüge sinngemäß zur Anwendung zu bringen, die in den allgemeinen Richtlinien für die Schaffung von Industrieverbänden niedergelegt sind, um für den Wirkungsbereich der genannten drei Organisationen ebenfalls für die drei einheitsorganisatorischen Zusammenfassungen der für die drei Verbände in Frage kommenden Gewerbegruppen usw. zu gelangen. Ebenso ist für die drei Organisationen ein enges Kartellverhältnis notwendig, wenn ein baldiger Zusammenstoß der genannten Verbände zurzeit noch nicht erfolgen sollte.

Dismann fügt dieser Einteilung eine kurze Begründung bei, die wir den auf unsern Verband bezüglichen Passus entnehmen:

„Die heute vom Verkehrsband, Eisenbahnerverband und Gemeinde- und Staatsarbeiterverband bearbeiteten Gebiete haben wirtschaftlich, in der Sozialpolitik u. a., viel Gemeinsames miteinander. Deshalb der Vorschlag, in Gruppe 15 die Tätigkeitsgebiete der drei Organisationen in einem Industrieverband zu vereinigen. Sollte dies aber zurzeit noch zurückgestellt werden — es ist nach meiner Ansicht im wesentlichen nur eine Frage der Zeit —, so ist für jeden der drei Verbände eine Abgrenzung notwendig, die sie nach den allgemeinen Richtlinien und der dementsprechenden Gruppierung von 1 bis 14 sich dann auch für die unter 15 A hervorgehobenen drei Verbände ergibt.“

Um aber für alle Fälle gerüstet zu sein, empfiehlt er engere Kartellverhältnisse zu schaffen, etwa in folgender Weise:

- A. Bergbau, Eisen- und Metallindustrie, Handel, Transport, Verkehr.
- B. Bangewerbe, Fabrikarbeiter, Steine, Glas, Keramik.
- C. Lebens- und Genussmittel, Tabak, Hotel-, Restaurant- und Cafégewerbe.
- D. Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, Leder herstellende und verarbeitende Industrie.
- E. Verkehrsband, Eisenbahner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, falls die Schaffung einer Einheitsorganisation dieser drei Verbände noch zurückgestellt werden sollte.“

Mit diesem System könnten wir dem Unternehmertum ein viel stärkeres Paroll bieten. Es braucht auch nicht starr zu sein, sondern es muß auf dem Wege der Verständigung der einzelnen Gewerkschaften untereinander erreicht werden. Wir wollen keinen Schutz, aber auch keine Fortwurfsfelle wie bisher. Das ist auch unsere Meinung. Gewiß würde der Maschinenisten- und Feilzgerverband aufgehen. Das aber erscheint im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung notwendig. Es handelt sich absolut nicht um konstruktive Lieblingsideen einzelner, sondern um klar erkannte Notwendigkeiten, die zu unterstützen jeder Gewerkschaftler alle Veranlassung hat. In den 17 bis 18 Verbänden, die noch bestehen würden, soll auch nicht der rein starke Zentralismus im einzelnen durchgeleitet werden, sondern auf dem Wege des Föderalismus können sich die Kräfte weiter frei entfalten.

Edl.

Der 10. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frankfurt a. M.

In dem mit schwarzrothgoldenen, roten und rotweißen Fahnen festlich geschmückten großen Saale des Volksbildungsheims veranstaltete die Filiale Frankfurt einen Begrüßungsabend zu Ehren der Gäste und Delegierten des Verbandstages. Gesangsvorträge des Volkshors „Maienruß“, ernste Musik und Rezitationen, bei denen neben Goethes „Prometheus“ padende Gedichte der Arbeiterdichter Max Barthel und Robert Seig durch den Rektor der Vortragskunst an der Universität Frankfurt, Herrn Koedemeyer, zum Vortrag gelangten, bildeten den schönen Rahmen dieser Feier.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Kollege Schneider-Frankfurt daran, daß in diesem Saale nach Beendigung des Weltkrieges die Vertreter der französischen und deutschen Arbeiter unter Führung von Jouhaux und Silberschmidt zusammentamen, um in gemeinsamem Wirken für den Wiederaufbau Frankreichs und Deutschlands zu sorgen. In der Zeit der Inflation tagten in diesem Raum die Vertreter der internationalen Bergarbeiter. Beide Beratungen waren von brüderlicher Liebe und von dem Gedanken der Völkerverständigung getragen. Vor acht Tagen konnten wir hier in Frankfurt die erste internationale Arbeiter-Olympiade begrüßen. Als in dem neu errichteten Stadion das Weisheitspiel mit den schönen Versen von Schillers Lied „An die Freude“ schloß, da vereinigten sich die dort Versammelten in dem Gesang der Internationale. Das waren proletarische Weisheitsstunden, von dem Gedanken getragen: „Alle Menschen werden Brüder.“

Seit dem Magdeburger Verbandstag hat das deutsche Volk Graues erlebt. An einem tiefen Abgrund ging unser Weg vorüber, und noch jeden Augenblick können die Brüden zusammenbrechen, die inzwischen geschlagen sind. Als am 28. Februar unser verehrter Genosse, der Reichspräsident Ebert, zu früh für immer von uns gerufen wurde, da erkoren sich die verblendeten Wähler bei der Neuwahl als Retter Deutschlands den monarchistischen Generalfeldmarschall Hindenburg zum Reichspräsidenten. Der „Retter“ Deutschlands wird schwere Lasten auf die Schultern des Proletariats wägen. Der Redner erinnert an die Kämpfe um die Zollvorlage, um die Steuern und an die Bestrebungen der Arbeitgeber, die sozialpolitischen Errungenschaften den Arbeitern wieder zu nehmen und die Löhne niedrig zu halten. All diese Fragen werden Gegenstand eingehender Besprechung auf dem Verbandstag sein. Mögen die Beratungen getragen sein von einem guten tamerabschaftlichen Geist; ihr Leitstern sei der Gedanke der Solidarität. In diesem Sinne, verehrte Anwesende, wünschen wir dem Verbandstag zu seinen Arbeiten einen recht guten Erfolg und heißen wir Sie in unseren Mauern herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Erster Verhandlungstag, Montag, den 3. August 1925.

Verbandsvorsitzender Rüntner eröffnet den Verbandstag mit einem Hinweis auf das nach der Revolution stark vermehrte Aufgabengebiet der Gewerkschaften und auf die schweren Erschütterungen des Gewerkschaftslebens in den letzten drei Jahren. Rüntner begrüßt dann die ausländischen Gäste, die Vertreter der übrigen Gewerkschaften und der Stadt Frankfurt.

Nach Begrüßungsansprachen des Bürgermeisters Graf-Frankfurt a. M. und des Stadtverordneten Heißwols-Frankfurt a. M. erhielt als Vertreter der Internationalen Föderation der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe das Wort

van Hinte-Amsterdam: Werte Kollegen und Freunde, namens sämtlicher ausländischer Gäste übermittle ich Ihnen die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche zum Erfolg Ihrer Tagung. In verschiedenen Ländern, wie in England, Belgien, Schweden und Dänemark hat sich gezeigt, daß es nicht genügt, wenn die Arbeiter die politische Macht erringen, um der Arbeiterkraft auch wirtschaftlich vorwärts zu helfen, sondern daß dazu der Ausbau der wirtschaftlichen Organisationen notwendig ist. Erfreulicherweise zeigt sich jetzt überall ein neues Erwachen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und man geht zur Offensive über. In der Zeit von 1918 eroberten wir alles schnell und verloren es dann bald wieder. Jetzt machen wir nur langsam Fortschritte, aber wir sichern uns das Errungene für die Zukunft. Bedeutsam ist auch das Erwachen der gelben Rasse. Es fehlt nur noch der Anstoß Amerikas an die moderne Arbeiterbewegung. Die Reise der aus deutschen Gewerkschaftern bestehenden Kommission nach Amerika wird uns auch darin ein Stück weiter bringen. Und schließlich wird auch Mussolini lernen, daß man mit Bajonetten zwar ein Land erobern kann, aber auf Bajonetten nicht sitzen kann. Eine Zeitlang drohte aus Deutschland die große Gefahr der Entkommunalisierung. Sie kennen die Ursachen und wissen auch, daß die Gefahr jetzt vorüber ist. Ihr Verband ist wieder in aufwärtssteigender Entwicklung begriffen. Die auf Ihrer Tagung vorgelesenen Vorträge beweisen mir, daß Ihr Hauptvorhaben nicht nur den materiellen, sondern auch den geistigen Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung trägt.

Es sind auf dem Verbandstag ferner folgende ausländische Kollegen als Gäste anwesend: aus Belgien Hoedemaekers, Luytvoet und Derrist; vom holländischen Verband van Meurs und Tiepen; aus Dänemark Nielsen-Fischer und Thomsen; von Norwegen und Schweden Björman und Nordgreen. Von der Schweiz Martin Weister, ferner der Vorsitzende des englischen

Gemeindearbeiterverbandes Levenan, und vom französischen Verband Mitzaud.

Eggert-Berlin begrüßt denn den Verbandstag als Vertreter des A. D. G. B., zugleich auch im Namen der anwesenden Vertreter des Verkehrsbundes und des Eisenbahnerverbandes.

Miesbach-Frankfurt überbringt als Vertreter des Ortsausschusses des A. D. G. B. auch die Glückwünsche des A. M. Bundes. Mit 60 000 Organisierten, zusammen mit den Angestellten und Beamten 75 000, nimmt die freie Gewerkschaftsbewegung in Frankfurt eine achtunggebietende Stellung ein, und Ihre Gewerkschaft ist mit an erster Stelle redlich bemüht, den modernen Gewerkschaftsgeist zu pflegen. Wir wünschen Ihren Beratungen den besten Erfolg. In diesem Sinne begrüße ich Sie namens der Frankfurter Arbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Kogut-Berlin (Allgemeiner Deutscher Beamtenbund): In der fast 30jährigen Geschichte Ihres Verbandes ist es wohl das erste Mal, daß heute ein Vertreter der Beamten-Spigenorganisation eine Begrüßungsansprache auf Ihrem Verbandstag hält. In diesem Vortrag spiegeln sich deutlich die veränderten Zeitverhältnisse wieder. Wenn es vor dem Kriege den Beamten unmöglich war, sich gewerkschaftlich zu organisieren, so ist das jetzt anders geworden. Der Beamte ist frei, er ist gleichberechtigter Staatsbürger geworden. Leider können sich Teile der Beamtenschaft noch nicht völlig frei machen von den früheren Verhältnissen. Noch heute, ein halbes Jahrzehnt nach der Staatsumwälzung, wird die alte Vereinstpielerlei der Beamten munter fortgetrieben. Es sind in unserer gegnerischen Beamten-Spigenorganisation, dem Deutschen Beamtenbund, heute rund 900 Verbände zusammengefaßt mit einem Verbandsvorstand von 105 Köpfen. (Hört! Hört!) Das beweist, daß Gewerkschaftsarbeit in dieser Beamten-Spigenorganisation nicht geleistet werden kann, und es zeigt, warum der Allgemeine Deutsche Beamtenbund gegründet werden mußte. Ihre Organisation hat erfreulicherweise von Anfang an in diesem Bunde mitgearbeitet. Karl Legien hatte es 1919 abgelehnt, mit dem Deutschen Beamtenbund eine Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, weil dieser Beamtenbund die parteipolitische Neutralität völlig falsch verstand, indem er davon ausging, daß die gewerkschaftlichen Interessen der von ihm organisierten Mitglieder auch von Volksparteiern und Deutschenationalen vertreten werden könnten, nicht nur von Sozialdemokraten. Dadurch unterscheiden wir uns grundsätzlich von ihm. Ihre Beamtenschaft hat seit der Entwicklung der freien Arbeiterbewegung von Anfang an daran mitgewirkt und erfreut sich im A. D. G. B. ganz besonderer Wertschätzung. Wir haben versucht, die gemeinsame Front der Arbeiter, Angestellten und Beamten auch vertraglich festzulegen. Bei Schaffung des Organisationsertrages sind wir davon ausgegangen, daß die Voraussetzung des sozialen Aufstiegs der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Sicherung der deutschen Republik ist. Darum verpflichteten wir uns in diesem von unsern Gegnern so viel angefeindeten Organisationsvertrag, mit allen Mitteln für die Sicherung der deutschen Republik einzutreten. Unser Programm geht dahin: Wir wollen ein Beamtenrecht schaffen, das nicht eine Vorrechtsstellung der Beamten bedeutet, sondern das ein Teil der zukünftigen einheitlichen Arbeiterrechts sein soll. Der Vorwurf, daß wir damit das Berufsbeamtentum gefährden, ist durchaus unangebracht. Eine Beamten-Spigenorganisation kann schon aus wohlverstandener Selbsterhaltung niemals daran denken, das Berufsbeamtentum zu gefährden. Aber wir sind der Meinung, daß nicht nur die Beamten Anspruch darauf haben, im Alter oder für den Todesfall versorgt zu sein, sondern daß die deutsche Republik, wenn sie wieder einmal zur Blüte gelangt sein wird, die Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, daß jeder, der um Lohn und Brot arbeitet, auch versorgt ist, wenn ihm das durch Krankheit oder Tod unmöglich gemacht wird. — In bezug auf die Wirtschaftspolitik gehen wir davon aus, daß im Augenblick Deutschland das teuerste Land Europas ist, aber die niedrigsten Löhne und Gehälter hat, und daß dafür gelohnt werden muß, daß die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft nicht das ausschließliche Opfer der Reparationsverpflichtungen wird. Die anderen Schichten, die über Werte und Vermögen verfügen, müssen vielmehr in erster Linie zu diesen Lasten herangezogen werden. Dann werden auch die Mittel übrig bleiben, um den Arbeitern ausreichende Löhne und den Beamten anständige Gehälter zu zahlen. — In organisatorischer Hinsicht streben auch wir nach schärferer Konzentration, nach einer Verringerung der Zahl der angeschlossenen Verbände. Im A. D. G. B. wächst jetzt eine neue Organisation heran, die gebildet wird von Beamten einer Gruppe, die uns hoch willkommen sind, von der Gruppe der Polizeibeamten. Im Namen unseres Bundesvorstandes, im Namen der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten Gruppe I und des Verbandes der Deutschen Berufsfeuerwehrmänner wünschen wir Ihrer Tagung den denkbar besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Kort-Danzig: Wenn wir auch vom Mutterreich getrennt sind, bleiben doch auch unter den außerordentlich schweren Verhältnissen, unter denen wir zu arbeiten haben, die geistigen Bande, die uns mit unsern deutschen Kollegen verbinden, weiter bestehen. Die Danziger Kollegen hoffen und erwarten, daß dieser Verbandstag

ein Grundstein für den weiteren Aufbau und Ausbau der Organisation sein wird. (Bravo!)

Der Verbandstag konstituiert sich: Zu Vorsitzenden werden gewählt: Müntner-Berlin und Schneider-Frankfurt. Als Schriftführer: Amelung-Mainz, Groß-Königsberg, Wob- Bremerhaven und Sigelsberger-München. In die Mandatsprüfungskommission werden delegiert: Meißner-Magdeburg, Reuter-Bielefeld, Mal-Berlin, Müller-Hannover, Müller-Dresden, Stiegler-München.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattet Müntner: Als wir in Magdeburg zusammen waren, stand der Dollar auf 1169 und am 15. November 1923 stand er auf 42 Billionen. Die Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen genügt für den, der diese Zeit mitgemacht hat, um in Erinnerung zu rufen, was an Furchtbarem über uns hereingebrochen war. Was hat jeder einzelne von uns, was haben Reich, Staaten und Gemeinden, was haben die Organisationen in dieser Zeit des Währungsverfalls durchgemacht! Daß es so weit kam, ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß der vierjährige Krieg etwa 10 Millionen produktiver Kräfte aus der deutschen Wirtschaft ausgeschaltet hatte, während wir als Sozialisten und Gewerkschafter überzeugt sind, daß aller Reichtum der Gesellschaft Produkt der Arbeit ist. Es kam dann hinzu die Ruhrbesetzung als der zweite Krieg, der verloren wurde, die nach einer Berechnung des Genossen Hilferding allein täglich 40 Goldmillionen gekostet hat. Alle diese Verluste mußten letzten Endes aus der deutschen Arbeitskraft gedeckt werden. In unserer Mitgliederbewegung hatten wir den tiefsten Stand in den letzten drei Jahren in dem zweiten Quartal 1924 mit 182 000 buchmäßigen und 150 000 zahlenden Mitgliedern zu verzeichnen. Seitdem haben wir allmählich wieder eine Zunahme feststellen können, so daß sich die Zahl der buchmäßigen Mitglieder jetzt bereits auf 195 000 am Ende des ersten Quartals 1925 erhöht hat und die der zahlenden Mitglieder auf 174 000, davon 90 Proz. voll zahlende. Bei dem rasenden Währungssturz im Jahre 1923 reduzierte sich auch unser Vermögen auf 0,0. Ein Glüd war, daß wir rechtzeitig unser Haus und andere Sachwerte gekauft hatten. Damals war es die Internationale, die uns in der schwersten Not geholfen hat, jedenfalls in Erinnerung daran, daß wir vor dem Weltkrieg die Gründer und Erhalter der Internationale gewesen sind. Ich sage auch von dieser Stelle den Vertretern unserer ausländischen Bruderverbände nochmals den Dank für diese Hilfe. — Der Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden, in dessen Vorstand es früher eine Anzahl wirklich sozialfortschrittlich gesinnter Leute gab, ist heute ganz in das Fahrwasser des Deutschen Arbeitgeberverbandes geraten. Seine Arbeiten werden von den Syndikat der Industriellen besorgt. Das sind die Leute, die Friedrich Engels einmal die wissenschaftlichen Hausnechte des Kapitals genannt. Seitdem der frühere Oberbürgermeister von Bromberg und der Bürgermeistermeister Gördeler von Königsberg dort das Szepter führen, wird dauernd der Versuch gemacht, die gesamten Arbeitsverhältnisse der deutschen Gemeindearbeiter etwa auf das Niveau von Krottschin oder Reutomschl zu bringen. Dadurch haben sich die Kämpfe mit diesem Verbandsdauernd verschärft. Den Kartellakt, der 1924 für die Reichsarbeiter abgeschlossen wurde, wurde von der Regierung zum 31. März 1925 gekündigt. Durch die reaktionäre Einstellung des jetzigen Reichskabinetts und das scharfmacherische Vorgehen der Reichsbahn-Gesellschaft ist es uns bei dem Neuabschluss nicht möglich gewesen, alle alten Errungenschaften zu halten. — Was die innere Bewaltung anlangt, so hat sich insbesondere der in Magdeburg neu geschaffene Beirat in der schwierigen Zeit sehr bewährt.

Eine charakteristische Erscheinung der letzten Jahre waren die Entkommunalisierungsbestrebungen, die auftraten, als durch den Währungsverfall gewisse städtische Betriebe in Bedrängnis gerieten. Ich habe selbst als Stadtverordneter in Berlin in schärfster Form gegen solche Entkommunalisierungsversuche Stellung nehmen müssen und bin nicht davor zurückgeschreckt, zu sagen: Wenn man zugibt, man kann den Betrieb nicht auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufrecht erhalten, man muß ihn privatwirtschaftlich fortführen, so bedeutet das die Bantrotterklärung des sozialistischen Grundgedankens. Denn wenn die Privatwirtschaft das leistungsfähigere Wirtschaftsprinzip ist, so kann man nicht mehr mit gutem Gewissen für die sozialistische Wirtschaft eintreten. Es ist aber glücklicherweise nicht so. Mit dem Augenblick, als stabile Währungsverhältnisse eintraten, war den Leuten, die in Wort und Schrift dafür eingetreten waren, daß die städtischen und die öffentlichen Betriebe überhaupt zu verschwinden hätten, die Beweisbasis geschwunden, und wir können heute erfreulicherweise feststellen, daß auch die christlichen Vertreter der kommunalen und der öffentlichen rechtlichen Interessen, die sonst nicht auf unserm Standpunkt stehen, schnell wieder erkannt haben, daß wichtige wirtschaftliche und kommunale Nachfaktoren, wie die großen städtischen Betriebe nicht in die Hände von Privatinteressenten gehören. Die Beschlüsse des Deutschen Städtetages und des Preussischen Städtetages sind eine erfreuliche Wandlung auf diesem Gebiete. In letzter Zeit haben wir uns mit den Bestrebungen auf Gasfernversorgung des Rheingebiets beschäftigen müssen. Es lag ein Thyssensches Projekt vor, das bezweckte, die ganzen Städte und die Gemeinden am Rhein, von Düsseldorf bis zur schweizerischen Grenze, mit Gas zu versorgen.

Nach den letzten Nachrichten scheinen sich aber diese Dinge für uns günstig zu entwickeln. Es könnte auf diesem Gebiete von uns erheblich mehr geleistet werden, wenn uns die notwendigen volkswirtschaftlich und kommunal durchgebildeten Hilfskräfte zur Verfügung ständen. Dafür zu sorgen, wird eine Hauptaufgabe des neuen Vorstandes sein.

Der Redner geht dann auf die Frage der Industrieverbände ein. Die Resolution des Leipziger Gewerkschaftskongresses trug bis zu einem gewissen Grade unserm Gedanken über die Gestaltung der Organisationen Rechnung. Ueber das Resultat der Arbeiten der bekannten Sechzehnerkommission, die inzwischen nebst einem Unterausschuß diese Fragen bearbeitet hat, ist jetzt im Bundesausschuß eine Einigung nicht erzielt worden. Wir haben im Bundesausschuß dem Vorschlag Dismann zugestimmt, das ist der Vorschlag der Gewerkschaften, die für die Industrieorganisationen eintreten. Er belam keine Mehrheit, weil im Bundesausschuß nicht noch Mitgliederziffern abgestimmt wird. Wir sind dann für einen vermittelnden Vorschlag des Bundesvorstandes eingetreten. — Der Leipziger Kongress hatte beschlossen, daß Organisationen für die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und für den Verkehr geschaffen werden sollen. Wir haben Organisationen, die diese Aufgaben erfüllen. Wir haben den Verkehrsverband und für die öffentlichen Betriebe unsere Organisation, den Eisenbahnerverband und die Postgewerkschaft. Im Sinne der Verwirklichung des Leipziger Kongressbeschlusses haben wir inzwischen Schritte unternommen, um einen Kartellvertrag mit dem Eisenbahnerverband und dem Verkehrsverband abzuschließen, den auch die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und der Verband der Feuerwehrmänner beitreten wollen. Mit dem Verkehrsverband haben wir noch eine Nebenabmachung getroffen, die eine Ergänzung zu dem Kartellvertrag mit den Eisenbahnern darstellen soll.

Bei den letzten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden über den Reichsmantelvertrag hat es sich bei den §§ 7 und 13 darum gehandelt, den Kollegen die Möglichkeit der Schaffung besserer Verhältnisse zu sichern. Wir kamen zu dem Abkommen, daß mit den Worten „bisheriger Zustand“ in diesem Paragraphen die Zeit gemeint ist, die vor dem heutigen Zustand liegt. Diese Worte sind bis jetzt zu einem Streit geworden, in dem sich beide Parteien gegenüberstehen. Unsere Arbeitgebervertreter behaupten die Unverfälschtheit, vor dem Reichsarbeitsministerium zu behaupten, daß mit diesen Worten nur die Zeit bis zum 31. März 1925 gemeint sein kann. Wenn die Verhandlungsteilnehmer diese Behauptung aufstellen, so lügen sie bewußt. Ein Termin ist nicht festgelegt. — Erfreulicherweise verfügen wir heute wieder über ein Barvermögen, das uns die Möglichkeit gibt, wenn es sein muß, auch große umfassende Kämpfe zu finanzieren. (Bravo!) Als jetzt der große Kampf in Dänemark ausbrach, waren wir bereits in der Lage, ungefähr das Doppelte dessen, was wir in der Inflationszeit von der Internationale an Unterstützung erhalten haben, nach Dänemark zu gehen. (Bravo!) So werden die deutschen Gewerkschaften, die über die größten Mitgliederzahlen und die größten Finanzen verfügen, stets gern bereit sein, den Kollegen im Ausland, die uns gekollert haben, wenn ihre Lebensinteressen in Gefahr sind, ihre Hilfe doppelt und dreifach wieder zu verzeihen. (Beifalles Bravo!)

Im Anschluß an den Bericht Müntners werden die von ihm erwähnten Verträge vorgelesen. Sie lauten:

Gegenseitigkeitsvertrag

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu Berlin und die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten zu Berlin, der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands zu Berlin und der Deutsche Verkehrsverband zu Berlin vereinbaren einen Gegenseitigkeitsvertrag zunächst in Form einer Arbeitsgemeinschaft zum Zweck einer gemeinsamen und wirksamen Interessenvertretung. — In erster Linie erstreckt sich das Zusammenarbeiten auf das Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretung der Mitglieder der Organisationen, des weiteren auf die Aufstellung allgemeiner Grundsätze auf dem Gebiet der Lohn- und Gehaltspolitik und des sozialen Arbeitsrechts. — Die Verbände dieser Verbände verpflichten sich, die Bewegungen zur Verbesserung der Besoldung und Entlohnung sowie der Verärgerung der Arbeitszeit und Dienstverhältnisse im engsten Einvernehmen miteinander zu führen. Vor Eintritt in Lohn- und Besoldungsbewegungen, Aufstellung von Forderungen, Kündigung von Tarifverträgen oder Teilen derselben, Stellung von Anträgen an die Verwaltungen oder Reichs- und Landesparlamente unterrichten und verständigen sich die Verbände miteinander. Dasselbe gilt auch für alle Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet. — Bei Arbeitsbewegungen unterstützen sich die Organisationen nach Kräften moralisch und, soweit es die Verhältnisse gestatten, auch finanziell nach den Grundsätzen gewerkschaftlicher Solidarität. — Alle wichtigen organisatorischen Veränderungen, benötigte Änderungen der Organisationsform, des organischen Aufbaues und Ausbaues der Organisationen werden gemeinsam beraten, ehe eine Entscheidung erfolgt. — Die Funktionäre der Organisationen sind verpflichtet, sich in der Agitation innerhalb ihrer Agitationsgebiete tatkräftig gegenseitig zu unterstützen; bei der Abwehr gegnerischer Angriffe leisten sie sich gegenseitig Hilfe. — In den Orten, wo eine der Organisationen Angehörige oder aktive Funktionäre nicht besitzt, sind die Angehörigen d. g. Funktionäre der anderen Organisationen verpflichtet, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, soweit es die Verhältnisse gestatten. —

Die Beiträge und Unterhaltungsrichtungen der Organisationen sind möglichst nach gleichen Bedingungen und Sätzen auszugestalten. — Die Bezirksleitungen und Ortsvereinigungen der Organisationen sind gehalten, im Sinne der Vereinbarung und im Geiste brüderlicher Kameradschaft zusammen zu arbeiten. Abmachungen und Vereinbarungen, die über das Fortschreiten hinausgehen, dürfen von den Bezirksleitungen und Ortsvereinigungen nur im Einvernehmen mit den Verbandsvorständen getroffen werden. Die Arbeitsgemeinschaft soll in weiterer Auswirkung die Organisationen näher zusammenführen, um gegebenenfalls eine engere organisatorische Bindung vornehmen zu können. Weitere Organisationen, insbesondere die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, sowie des Verkehrs können in der Gemeinschaft Aufnahme finden, sobald die Voraussetzungen zur Erfüllung vorhanden sind.

In Ausführung des Kartellvertrages, der zwischen dem Deutschen Eisenbahnerverband, dem Deutschen Verkehrsband und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgeschlossen wurde, wird von den unterzeichneten Organisationen folgende Vereinbarung getroffen:

Am die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer eventuellen organisatorischen Zusammenfassung der in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen sowie den Betrieben des Transports und des Verkehrs beschäftigten Personen entgegenstehen, schließen der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Deutsche Verkehrsband, vertreten durch die beiderseitigen Verbandsvorstände, folgenden

Vertrag:

1. Die oben genannten Organisationen garantieren sich den gegenseitigen Beistand, ohne daraus besondere Ansprüche grundsätzlicher Art bezüglich Abgrenzung der gegenseitigen Organisationsgebiete herzuleiten. Es ist deshalb unter keinen Umständen gestattet, Mitglieder der anderen Organisation ohne die Zustimmung derselben zu übernehmen. — 2. In Betrieben oder Verwaltungen, in denen nur eine der beiden Organisationen Mitglieder hat, darf von der anderen Organisation, auch wenn es sich um freiwillige Organisationsgebiete handelt, keinerlei Agitation zur Aufnahme von Mitgliedern getrieben werden. — 3. In Betrieben und Verwaltungen, in denen beide Organisationen Mitglieder haben, hat die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder gemeinsam und nach vorher vereinbarten Richtlinien zu erfolgen. Auf keinen Fall darf zwischen den Organisationen ein Konkurrenzkampf stattfinden. — 4. Etwas einschneidende örtliche oder bezirkliche Differenzen sind stets in freundschaftlicher Weise und auf dem Wege glütlicher Verständigung zu erledigen. Differenzen, die örtlich nicht beigelegt werden können, müssen unverzüglich den beiderseitigen Zentralvorständen zur Schlichtung unterbreitet werden, deren Entscheidung dann endgültig ist. — 5. Beide Organisationen verpflichten sich, die Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gleich interessenloser Mitglieder in den engsten Einbeziehungen miteinander zu führen. Die Funktionäre beider Organisationen sind verpflichtet, sich in der Agitation innerhalb ihrer Agitationsgebiete zu unterstützen und namentlich Angriffe gegenseitiger Organisationen auf andere Organisationsgebiete abzuwehren. — 6. In den Orten, wo eine der beiden Organisationen Angehörige oder aktive Funktionäre nicht besitzt, sind die Angehörigen bzw. aktiven Funktionäre der anderen Organisation verpflichtet, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, soweit es die Verhältnisse gestatten.

16. Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Frankfurt a. M., 1925.

Deutscher Verkehrsband, gez.: D. Schumann.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, gez.: H. Rüntzen.

Ruppert gab dann einen Ueberblick über die Verbandskasse. Am Ende des ersten Quartals 1925 waren in der Hauptkasse und bei der Vermögensverwaltung des Verbandes ein Bestand von insgesamt 1 1/2 Millionen Mark vorhanden und in den Filialen ein Bestand von 250 000 Mark, so daß der Verband über ein Vermögen von 1 1/2 Millionen verfügt. Diese Zahl hört sich sehr groß an, reicht aber keineswegs an das Vermögen des Verbandes in der Vorkriegszeit heran. Darum werden unsere Einnahmen noch beträchtlich gesteigert werden müssen. 1915 hatten wir ein Vermögen von 34,41 M. pro Kopf der Mitglieder zu verzeichnen, heute nur von 8,70 M. Unser Haus steht mit einem Gesamtwert von 32.— M. gebucht. Neuerdings haben wir das Vermögen zum Teil auch bei

der Bank der Arbeiter und Angestellten angelegt. Zur Befehung der Wohnungsnot unserer Angestellten haben wir Häuser in Cuxhaven, Erfurt und Stuttgart gekauft. Einige unserer Vermögenswerte sind aufgewertet worden. Im ganzen ist unsere finanzielle Entwicklung als günstig zu bezeichnen. (Lebhafter Beifall.)

Dittmer: Unser Blatt hat wie die Gewerkschaftspresse im allgemeinen die Aufgabe nicht nur der Information, sondern in erster Linie auch der gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder. Die Redaktion war bemüht, alle Fragen, die auftauchten, sowohl im engeren Rahmen des Verbandes wie der Gesamtgewerkschaften, im Rahmen der Kommunalpolitik wie auch der allgemeinen Politik zu behandeln. Es geht natürlich nicht an, die Politik aus unserer Gewerkschaftsarbeit auszuschalten. Wir müssen nicht nur auf die Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, sondern auch auf die maßgebenden Parteien Einfluß zu gewinnen versuchen, insbesondere auf die Partei, die dafür eintritt, daß die Interessen unserer Kollegen wahrgenommen werden. Zu den neu gewonnenen Mitgliedern müssen wir anders sprechen als zu denen, die seit Jahrzehnten in unserer Bewegung stehen. Auch die planmäßige Ausbildung der Betriebsräte muß unsere Aufgabe sein. Im übrigen sind wir auch das Sprachrohr der Gemeinde- und Staatsarbeiter gegenüber den Behörden und haben weiter auch das notwendige Material über die internationale Arbeiterbewegung den Kollegen zur Information gebracht. Nach der Inflation hat erfreulicher Weise mit Unterstützung unserer Schweizer Kollegen im Januar 1924 eine neue Ära der Entwicklung unserer „Gewerkschaft“ eingeleitet. Wir konnten wenigstens notwendigst zuerst vierseitig und später auch wieder achtseitig erscheinen. Seit dem 1. Januar 1925 ist es gelungen, auch die technische Beilage herauszubringen, die viernummerlich erscheint. Das war zunächst ein Experiment. Leider ist die Mitarbeit aus unseren Kreisen daran sehr gering. Diese rein technische Zeitschrift macht natürlich der Redaktion relativ große Arbeit. Deshalb sind Anträge auf öfteres Erscheinen zum mindesten verfrüht. Sollte es später möglich sein, so wird der Verbandsvorstand natürlich die Initiative dazu ergreifen. Dann haben wir eine Rubrik für die Frauen eingerichtet. Wir können unser Blatt nicht nur vom Standpunkt der Großstädte aus redigieren, sondern müssen bemüht sein, den Kollegen in kleinen Städten ein Weltbild im kleinen auch mit politischem Einschlag zu geben, damit sie über diese Dinge im allgemeinen informiert sind. An Mitarbeitern an der „Gewerkschaft“ haben wir niemals Mangel gelitten. Etwas schwieriger liegen die Dinge mit der Beamtenschaft. Befriedigend kann diese Frage erst gelöst werden, wenn die Organisationsfrage gelöst ist. (Sehr richtig!) Die Presse ist mehr oder weniger ein Ausdruck der Unzulänglichkeit auf diesem Gebiete. Wir haben uns darauf beschränkt, zunächst im Jahre 1923 eine „Beamtengewerkschaft“ auf eigene Faust herauszugeben, die von der Redaktion bearbeitet wurde. In der Zeit der Inflation mußten wir sie einstellen. Nach wiederholten Verhandlungen und auf Wunsch unserer Beamtenschaft kamen wir dann zu dem Resultat, daß es besser sei, die Zeitung „Beamtengewerkschaft“ wöchentlich erscheinen zu lassen und alle vierzehn Tage beizulegen das „Mittelungsblatt“ für die D.D. I und für die Feuerwehrmänner. Ich weiß, daß das nicht voll befriedigt, aber wir können im gegenwärtigen Moment nichts anderes tun, sondern müssen versuchen, die organisatorischen Fragen baldmöglichst auf eine andere Basis zu bringen. Dazu liegt ja auch eine Entschärfung des Vorstandes vor. An der „Sanitätswarte“ ist auf der Konferenz in Dresden im vorigen Jahre fast gar keine Kritik geübt worden. Dittmer geht dann kurz auf die Beschwerden von Bremen und Stuttgart ein. In den Anträgen zur Presse spielt die Frage der Behandlung der Kommunisten in der Presse eine ziemlich große Rolle. Ich habe schon in Ragdeburg dargelegt: wir haben keinen Anlaß, Märtyrer zu schaffen oder irgend einem Kollegen wehe zu tun, weil er eine andere Meinung hat. Aber andererseits ist selbstverständlich, daß Veröffentlichungen der Kommunisten, die Unrichtigkeiten enthalten, in unserer Presse zurückgewiesen werden müssen. Wir haben uns auch hierbei auf ein Minimum beschränkt. Ich muß mich darum wundern, daß aus-

Gewerkschaften und Olympiade.

Von Theodor Thomas.

Vor wenigen Tagen haben wir die Tore zum Frankfurter Stadion geschlossen, nachdem die letzten Festgäste freudetrunken hinausgeschritten sind. Es wäre vermessen, schon jetzt zusammenfassend alles sagen zu wollen, was zu dieser ersten Arbeiter-Olympiade gesagt werden muß; noch ist der Eindruck zu frisch, noch sind in den Gehirnzellen die vielen Eindrücke wie im Kaleidostop durchgehender und ganz allmählich erst wird man sich darauf besinnen können. Erst nach und nach wird allen, die dabei sein konnten, die ganze Größe dessen aufgehen, was sich in den Tagen vom 24. bis 28. Juli in Frankfurt a. M. abgespielt hat.

In vielen bürgerlichen Blättern ist die erste Olympiade als ein reines Sportfest betrachtet und gewertet worden. Wir wollen jenen Leuten nicht gram sein. Die Idee, die diesem Arbeiterfest zugrunde lag, kann nicht erkennen, wer das Gefühl der Gemeinschaftlichkeit nicht kennt. Was kommt es uns darauf an, ob der Firma den besten

Käufer gestellt hat und die Deutschen die besten Fußballer? Ob die Engländer und Franzosen im Radsport überlegen sind? Nein, daß sie alle, Franzosen, Letten, Finnen, Desterreicher usw. in dem einen Gedanken aufgingen, wir gehören zusammen, wir sind eines Geistes, wir fühlen uns nicht blauweiß oder schwarzgelb, oder schwarzrotgold, sondern wir fühlen uns als Menschen, die ein inneres Gefühl weit über das Nationale hinaussträgt. Das war das Große!

Als am 24. Juli die Nationen unter der einen, der roten Fahne, aufmarschierten, da sahen wir alte, grau gewordene Männer weinen, als der hunderttausendfältige Beifall alle überschüttete, die aus fernem Landen zu uns kamen, da ging es wie eine Blutwelle durch die Zuschauer: Das Gefühl der Gemeinsamkeit gab diesen Minuten die höchste Weihe. Als dann am Sonntag die hunderttausend Festzugsteilnehmer durch die Straßen der Stadt marschierten, vorbei an einer Million Menschen, die die Straßen einfüllten, da haben die Gegner mit Respekt, aber auch mit einem Gefühl der Unbehaglichkeit diesen Zug bewundert.

In diesem Zug, der lebendig wirkte durch die Masse Mensch,

gerechnet aus Kofstock usw. lange Resolutionen darüber vorliegen. Die Entschlebung der Filiale Herne kommt mir so vor, als ob sie aus einer größeren Ferne stammt. (Heiterkeit.) Der Wortlaut kommt mir sehr bekannt vor. Ich habe ihn auch wohl wo anders schon einmal gelesen. Der Klassenkampf wird nicht allein in Herne geführt, sondern wir nehmen für uns in Anspruch, auch die richtige Auffassung über den Klassenkampf zu haben. Ein Antrag, der von der Wirtschaftskonferenz in Westfalen gekommen ist, verlangt, daß der Verband wie das Verbandsorgan bei allen politischen Wahlen strikte Neutralität wahrte. Das würde uns bei politischen Wahlen in den Kommunen sehr übel bekommen. Ein anderer Antrag geht dahin, daß die „Gewerkschaft“ die von den Filialen eingehenden Berichte unverfälscht bringen soll. Dann würde die „Gewerkschaft“ den „Roten Gustav“ wesentlich übertreffen. (Heiterkeit.) Wir bemühen uns natürlich, Überflüssiges oder schon Gesagtes aus den Berichten herauszunehmen. Sonst würden wir unsere ganzen Mittel für den Druck der „Gewerkschaft“ aufbrauchen. — Ein Antrag Potsdam will eine Pressekommission haben. Wir haben eine Pressekommission gehabt und haben damals ganz gut mit ihr gearbeitet. Aber es ist natürlich doch eine gewisse Gefahr dabei, daß daraus gegenüber dem Verbandsvorstand eine zweite Sonderregierung wird. Da heute keine Beschwerden vorliegen, halte ich die Pressekommission für überflüssig, obwohl ich mich auch damit abfinden und darin keine Schwierigkeit für die Redaktionsführung erblicken könnte. — Ein Antrag Essen befürwortet eine Sonderbeilage für die 400 bis 500 Postleier. Der Antrag ist gut gemeint, aber das würde über die Grenze unserer finanziellen Kräfte gehen, denn es würde notwendigerweise ähnliche Ansprüche anderer ebenso großer Gruppen erzeugen. Wir haben aus diesen Kreisen herzlich wenig Mitarbeit bekommen, und eine Zeitung ohne geschulten Mitarbeiterstand wird natürlich immer unbrauchbar sein. Die zur Weiterbildung herausgegebenen Schriften haben erfreulichen Absatz gefunden. Wir haben weit über 2000 Exemplare abgesetzt. Nach einer Statistik haben wir 2000 Jugendliche in Filialen festgestellt, eine größere Zahl als man glaubte. Der ADGB ist jetzt dabei, ein neues Organ für die Jugendlichen herauszubringen, so daß wir wahrscheinlich der Notwendigkeit überhoben werden, besondere Presseeinrichtungen für die Jugendlichen zu schaffen. Was wir brauchen, ist neben einer zahlreichen Mitarbeiterchaft eine eifrige, willige Leserschaft, die sich aber durchaus nicht etwa am Gängelbände führen lassen, sondern die selbständig prüfen und das Beste behalten soll. Sorgen Sie dafür, daß die neu gewonnenen Kollegen darüber aufgeklärt werden, wie man eine Zeitung liest, wie man Material sammelt und benutzt. Dann wird die Presse auch das in Dienste des Verbandes leisten, was wir alle miteinander wünschen müssen. (Lebhafte Beifall.)

Nach einem kurzen Bericht der Revisoren, den Perßelt erstattet und Entlastung für den Kassierer beantragt, berichtet für den Verbandsauschuß

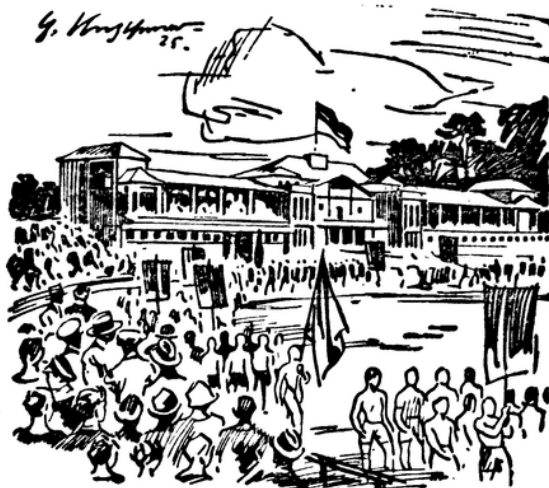
Lang-Stuttgart: Der Redner geht auf die einzelnen beim Ausschuß eingelegten Beschwerden ein. Zu längeren Auseinandersetzungen führte eine Beschwerde des früheren Vorsitzenden Hedmann. Es handelte sich um sein Mandat zum Reichswirtschaftsrat und seine Berechtigung, an Vorstandssitzungen teilzunehmen. Das Mandat zum Reichswirtschaftsrat hat Hedmann im September 1923 wiedergelegt. Der Ausschuß konnte feststellen, daß der Verbandsvorstand alles getan hat, um den Verband über die schlimme Zeit der Inflation hinwegzubringen. Ich erlaube, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Es wird nun der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Daraus geht hervor, daß 103 Delegierte, 12 Vorstandsmitglieder und 27 Gauleiter, je ein Vertreter des Ausschusses, der Revisoren, der Redakteure und 31 Gäste aus den Filialen anwesend sind. Die Kommission beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären. — Der Verbandstag beschließt demgemäß. Dann wird in die Diskussion über die Geschäftsberichte eingetreten.

Polenske: Wir Berliner haben kaum Grund zu einer Kritik der Maßnahmen des Verbandsvorstandes, nur stehen die Berliner Kollegen dem Reichstariifgedanken nach wie vor kritisch gegenüber. Wir sind gewissermaßen die Stiefkinder des Reichstariifvertrages, er enthält uns das vor, was wir nach Lage der Verhältnisse von unsern Arbeitgeberern fordern können. In der Lohnfrage halten wir die bezirklische Regelung für besser. Die Entkommunalisierungsbestrebungen haben sich auch in Berlin gezeigt. Wertvolle Bestandteile städtischen Eigentums in Berlin, wie der Hafen, sind leinerzeit auf 50 Jahre an eine private Gesellschaft verpachtet worden. Dadurch kam unser Montiertarif mit seinen sozialen Einrichtungen für die Arbeiter dieses Unternehmens in Wegfall. In der Zeit der Inflation und der hierfür noch schwierigeren Zeit der Stabilisierung der Mark haben in Berlin die Städtischen Elektrizitätswerke finanziell besser gewirtschaftet als die privaten, trotzdem bei den ersten die sozialen Rechte der Arbeiter im vollen Umfange aufrechterhalten wurden. Die Umwandlung städtischer Unternehmungen in die Form von G. m. b. H.s hat sich in Berlin nicht bewährt. Den Hauptvorwurf davon haben die leitenden Direktoren eingeheimst. Man hat sich damals durch die Inflation ins Bootshorn jagen und zu Beschüssen verleiten lassen, die sich nachher als schädlich erwiesen haben. Bei der Berliner Straßenbahn, wo auf einen Schlag 10 000 Personen entlassen wurden, konnten wir die sozialen Einrichtungen nicht aufrechterhalten und auch nicht den Achtstundentag durchdrücken. Wir werden zu gegebener Zeit einen Vorstoß unternehmen müssen, um die Umwandlung dieser Betriebe in die städtische Regie zu erreichen. — Für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sollte eine Reichssetzung geschaffen werden. — Den Kartellverträgen mit den anderen Verbänden stimmen wir zu und hoffen, daß es dann möglich sein wird, in geschlossener Front die Staats- und Gemeindebetriebe zu Musterbetrieben zu machen. (Bravo!)

Dr. Lapp-Essen schildert ausführlich die Schwierigkeiten im besetzten Gebiet. Lohnbewegungen wurden uns durch die Besetzung unmöglich gemacht, den Achtstundentag haben wir im Westen ebenso wie der äußerste Osten verloren. Eine Aufgabe des Reichstariifs wäre daselbst, als wenn wir in unserm Gebiet nur in den wenigen lebensfähigen Städten Tarifverträge abschließen wollten, wodurch es die Gemeindearbeiter dort vielleicht besser hätten, während durch Aufgabe des Bezirkstariifs alle übrigen auf Jahre hinaus zurückfielen. Der Redner tritt für bessere Ausbildung der Betriebsräte und Anstellung von besonderen Bildungssekretären ein. Er wünscht bessere Ausgestaltung der „Beamten-Gewerkschaft“. Zum Schluß fordert er die ausländischen Delegierten auf, durch Aufklärung der Arbeiterschaft im Ausland den durch die Schikanen der Besatzungsbehörden selbst in Kreisen der Arbeiter des besetzten Gebietes in der letzten Zeit sich ausbreitenden Revanchegedanken dadurch zu bekämpfen, daß eine Verständigung der Völker herbeigeführt wird. (Beifall.)

Sport-Bonn gibt in Ergänzung der Ausführungen des Vorredners eine pacende Schilderung der Leiden der Arbeiterschaft im



Einmarsch der Nationen.

tam die Kraft, der Wille, die feste Zuversicht des Proletariats zum Ausdruck.

Das ist auch ein Erfolg der Veranstaltung, daß sie den Teilnehmern das Klassenbewußtsein gestärkt hat. Sich sagen zu können, alle diese Hunderttausende, die die Abgesandten von zwei



Aufmarsch der Fahnen

belegten Gebiet, wo der Kampf zu führen sei gegen die vom rollenden Fronten bestochenen Verräter aus den eigenen Reihen, gegen die Separatisten, dann gegen die Christlichen und gegen die brutalen Arbeitgeber.

Zweiter Verhandlungstag. Dienstag, den 4. August 1925.

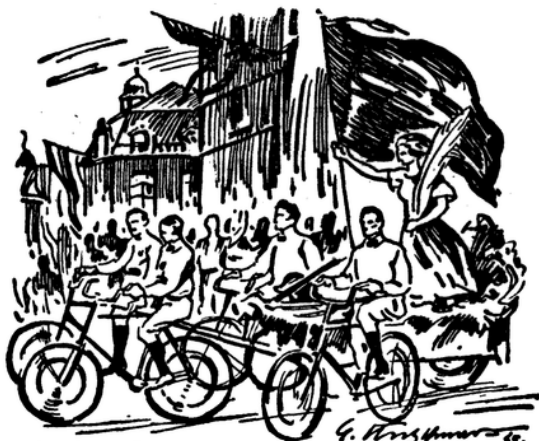
Michelsen-Herne: Es ist ein Wahnsinn, wenn man auf der einen Seite die Arbeitszeit verlängert, während auf der anderen Seite eine große Arbeitslosigkeit herrscht. — Die Industrie diktiert den Gemeinden die Löhne, und die Oberbürgermeister machen ihr leider in dieser Beziehung große Konzessionen. Dieser geschlossenen Front der Arbeitgeber der Industrie und der Gemeindebehörden müssen wir die geschlossene Front der Arbeiter gegenüberstellen. Der Verbandsvorstand hat hier nicht genügend aufgepaßt, so daß die Arbeitgeber in der Frage der Industrieverbände uns vorausgeeilt sind. Wir müssen verlangen, daß die uns vorgelegten Kartellverträge energisch durchgeführt werden. Mit dem Reichsmanteltarif sind wir nicht zufrieden. Müntner sagte gestern, wir müssen die Arbeit im Verbandsvorstand spezialisieren, und man will noch einen Juristen einstellen. Aber dann wird die Knifflologie bei der Auslegung des Manteltarifes noch viel schlimmer werden. Wir verlangen, daß die „Gewerkschaft“ dafür sorgt, daß das Klassenbewußtsein der Kollegen geweckt wird. — Zur Haltung der Presse bei der Präsidentenwahl haben wir auch Stellung genommen. Da hat man zur Wahl eines Oberchristen aufgefordert. Wie sollen wir dann gegen die Christlichen agitieren? Wir haben gestern gehört, daß immer behauptet wird, die städtischen Betriebe seien unrentabel. In Herne arbeiten die kommunalen Betriebe 50 Prozent billiger als die privatkapitalistischen Betriebe. Die Betriebsräte müssen überall diese Dinge genau prüfen und sie werden durchweg eine Rentabilität der kommunalen Betriebe nachweisen können.

Sollte. Nürnberg: Wir in Bayern sind der Auffassung, daß es noch zu früh war, einen Reichstarif abzuschließen. Es wäre ohne ihn in den schwächeren Bezirken vielleicht möglich gewesen, bessere Bezirkstarife abzuschließen. Der unklare Paragraph über die Berechnung des Krankentages sollte einfach lauten: „Bei Erkrankungen und Unfällen wird den Gemeinbediensteten der Nettolohn weitergezahlt abzüglich der gesetzlichen Krankenunterstützung, und zwar bei einer Dienstzeit von einem Jahr bis zu sechs Wochen usw.“ Einen Reichstarif für Gemeinbedienstete sollten wir zurzeit überhaupt nicht abschließen. Mit dem Reichstarif für die Staatsarbeiter haben wir befriedigend niedrige Löhne erzielt. Bei einem Reichstarif für die Gemeinbediensteten werden wir die jetzigen Spitzenlöhne herabdrücken und die niedrigen Löhne nicht heben können. Bayern, der größte Wirtschaftsbezirk in ganz Deutschland, sollte in Süd- und Nordbayern geteilt werden.

Recher-Rostock: Im allgemeinen haben die Gewerkschaften an Mitgliederzahl abgenommen, die Arbeiter sind zurückgestoßen in das Lager der Unorganisierten. (Zuruf: Warum? Durch das ewige Herunterreißen der Gewerkschaften!) Das sind Phrasen, niemals sind die Gewerkschaften heruntergerissen worden. (Große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch.) Den russischen Verband der kommunalen Arbeiter hat man nicht eingeladen. Das ist Laktit. Dem Kollegen Dittmer hat die Fratiale Rostock ja schon öfter auf die Hühneraugen getreten. Man darf in der „Gewerkschaft“ nicht zugunsten einer politischen Partei Propaganda machen, weil es im Verbandsmitglied gibt, die anders eingestellt sind. Schneider sagte am Sonntag, wir wollen hier neue Waffen schmieden. Ja, aber nicht, um sie zu Hause in den Schrank zu legen, sondern um sie anzuwenden in dem Kampf gegen den Steuerraub, für die Wiedereroberung des Achtstundentages und für angemessene Löhne.

Eggert (ADGB): Dem Kollegen Recher-Rostock muß ich kurz erwidern: Die heutige Zeit und die Zeit von vor 30 Jahren sind so verschieden, daß die Formel, die Gewerkschaften seien politisch neutral, keine Berechtigung mehr haben kann. Man darf aus dieser Haltung der Gewerkschaften aber nicht ableiten, daß sie sich nun auf eine parteipolitische Richtung eingestellt haben. Die freie Gewerkschaftsbewegung soll politisch unabhängig sein. Die freien Gewerkschaften müssen den Kampf führen, wie die Zeit ihn bedingt. Sie dürfen sich von keiner anderen Stelle als von den gewählten Organen Parolen oder politische Richtlinien geben lassen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn es dem ADGB. ermöglicht würde, die Güter, die ihm anvertraut sind, auch anderen Parteien als der sozialdemokratischen Partei mit verwalten zu lassen. Aber dazu gehört die Anerkennung, daß die Gewerkschaften sich von keiner außenstehenden Stelle irgendwelche Direktiven geben lassen dürfen. Es gab noch keine Frage, die von den Gewerkschaften aufgegriffen wurde, die auch nur entfernt die Zustimmung der kommunistischen Partei gefunden hatte. Wir hatten eine taktische Linie festgelegt, um das im Ruhrgebiet losgebrochene Unheil zu totalisieren. Wir haben auf der Linie Hagen-Schwelm-Sevelsberg einen Gürtel um das Ruhrgebiet gezogen und haben dort 17 volle Wochen im Kampfe um den Achtstundentag gestanden. Nach 17 Wochen hat die Arbeiterchaft in jenem Bezirk einen Schiedspruch annehmen müssen, der ihr die 54stündige Arbeitszeit aufzwang. Recher sprach von Massenstreik und meinte, ein Erfolg wäre nicht ausgeblieben. Es ist wohl möglich, einen politischen Kampf, eine reaktionäre Welle, wie den Rapp-Putsch, einen Verfassungsbruch mit einer großen gewaltigen Aktion, die nicht von oben kommen darf, sondern von unten herauf entstehen muß, zu zerschlagen. Es ist aber nicht möglich, die deutsche Arbeiterchaft mit Generalstreik aufzurichten und in die Weltwirtschaft einzuflechten. — Wir haben damals erreicht, daß jenes Unheil an der Grenze Hagen-Schwelm-Sevelsberg Halt machte. Wir haben erreicht, daß noch 54 Proz. der Industriearbeiterchaft den Kampf um den Achtstundentag gewonnen hat. Ich weiß das Unglück zu beklagen, daß 46 Proz. der deutschen Arbeiterchaft länger als acht Stunden arbeiten muß, aber angesichts der Verhältnisse, wo wir nur das retten konnten, was unter größter Kraftanstrengung zu retten war, ist diese Tatsache ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Der 50-Pfennig-Beitrag für den Kampf um die Wiedererringung des Achtstundentages ist an einem sicheren Platz sorgfältig verwahrt. Wenn der Bundesvorstand bislang geögert hat, einen Appell an das deutsche Volk zu richten, so waren dafür gewerkschaftliche und politische Gründe maßgebend. Die Rücksicht auf die gegenwärtige politische Atmosphäre und die Tatsache, daß ein eventueller Mißerfolg den einzelnen Gewerkschaften um ihren Kampf um den Achtstundentag das Rückgrat gebracht hätte. Wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiterchaft unsere Haltung zu würdigen weiß und daß der Tag kommt, wo wir durch Rot und Nacht trotzdem wieder Sonnenlicht haben werden. Man soll sich doch nicht dem ungeheuerlichen Wahne hingeben, als ob Leute, die ihr ganzes Leben für die Arbeiterchaft in die Schanzen geschlagen haben, die Arbeiterchaft verraten würden. — In der Frage der Industrieorganisation hat der Vorstand des ADGB. sich bewußt gegen jede Befristung der Verschmelzungen gewandt, weil durch einen solchen Zwang die Kampfraft des betreffenden Verbandes, der sich innerhalb der bestimmten Frist auflösen müßte, gelähmt würde. Der Bundesvorstand hat beantragt, in die Bundeslagung folgenden Passus aufzunehmen:

In der Regel gilt als Organisationsgebiet eines Verbandes jeweils ein Industriegebiet, z. B. Baugewerbe, Bergbau, Grabbisches Gewerbe,



Freiheitsgöttin im Festzug. Radfahrgruppe, Frankfurt/M.

Millionen Gleichgesinnten sind, das sind unsere Brüder, ist doch ein herrliches Gefühl. Allen Teilnehmern der Olympiade wird diese Festwoche eine Entschädigung gewesen sein, für die vielen Unbill, die



weiherspiel: Kampf um die Erde

Holz- und Schnitzstoffindustrie, Land- und Forstwirtschaft einschließlich Weinbau, Lebens- und Genussmittelindustrie, Leder herstellende oder verarbeitende Industrien, Metallindustrie einschließlich Hüttenbetrieb, Textilindustrie, Transport-, Verkehrs- und öffentliche Betriebe und Verwaltungen. — Zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kraft und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisationen ist anzustreben, daß die einzelnen Berufe sich zu Industrieverbänden zusammenschließen. Für die Richtung des Zusammenschlusses ist die Zusammengehörigkeit der einzelnen Zweige oder Gruppen der Industrie maßgebend. Im einzelnen Falle ist die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen. Solange in einem Industriegebiet noch mehrere Verbände für die verschiedenen Berufe bestehen, haben sie die Pflicht, gegenseitig durch Kartellverträge ein förderliches Nebeneinander- und Zusammenwirken zu suchen und alles zu vermeiden, was den späteren Zusammenschluß zum Industrieverband erschweren könnte.

Der Bundesvorstand hat den Bundesauschuß zum 12. August noch einmal zusammenberufen im Interesse der Erzielung einer möglichst geschlossenen einheitlichen Linie auf dem Gewerkschaftskongress, damit wir dann gemeinsam dem Unternehmertum in den entscheidenden Kämpfen entgegentreten können. (Lebhafte Beifall.)

Scheffel (Deutscher Eisenbahnverband): Wir brauchen die Schaffung eines starken Machtfaktors gegenüber den Arbeitgebern. Die heutigen Zustände sind unerträglich, weil zu viel Zeit, Kraft und Geld in der Gewerkschaftsbewegung nutzlos vergeudet wird. Aus diesen Gründen hat sich zunächst der Deutsche Eisenbahnverband mit Ihrem Verband verständigt. Schon seit Jahren arbeiten wir gemeinschaftlich zusammen, denn die Löhne und Gehälter und die sozialpolitischen Bedingungen und auch alle arbeitsrechtlichen Fragen haben eine große Ähnlichkeit bei der Eisenbahn und bei den Gemeinden und Staatsbetrieben. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Koalition nur zwischen unseren beiden Verbänden unvollkommen wäre. Wir haben deshalb für notwendig erachtet, den Verkehrsbund in diese Zusammenfassung einzubeziehen, auch schon deshalb, weil wir uns darauf einstellen müssen, unsere Kraft nicht in Grenzstreitigkeiten zu vergeuden. Wir haben aber die Pflicht, alles aufzubieten, um auch die Beamten unserer Organisation zuzuführen, soweit sie innerhalb unseres Organisationsgebietes tätig sind. Die Vereinigung der Kommunalbeamten mit Ihrer Organisation wird hoffentlich in allernächster Zeit vor sich gehen. Es ist sicher, daß auch in Kürze die Vereinigung der allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft mit dem Verkehrsbund vorstatten gehen wird. Der Verband der Berufsfeuerwehrmänner wird in nicht allzu ferner Zeit unserem Bunde zustoßen. Besonders scharf haben wir die technische Entwicklung auf dem Gebiete der Elektrifizierung im Auge zu behalten. Ein Teil der Elektrifizierungswerte ist in öffentlicher Hand, ein anderer Teil trägt gemischtwirtschaftlichen Charakter. Die Frage der Elektrifizierung des Eisenbahnbetriebes ist hochaktuell und ist nur infolge der Finanzlage noch nicht so weit vorwärts geschritten. Wir haben jetzt einen scharfen Konkurrenzkampf um die Gewinnung des Personals der elektrischen Werke, der Kraftzentralen, zu vermeiden. Deshalb ist auch am Schluß des Kartellvertrages zum Ausdruck gebracht, daß auch andere Organisationen diesem Bündnis beitreten können. Im übrigen ist diese Einigkeit unserer drei großen Organisationen gewiß ein willkommener Auftakt für den Gewerkschaftskongress in Breslau. (Lebhafte Beifall.)

Schumann (Deutscher Verkehrsbund): Der Abschluß unseres Gegenständigkeitsvertrages ist eine Tat, die ganz im Zuge der Entwicklung liegt. — In der Frage des Industrieverbandes trägt der Vorschlag des Bundesvorstandes den Gedanken der gewerkschaftlichen Konzentration der Kräfte in weitestgehendem Maße Rechnung. Während bisher in den Satzungen des ADGB der Berufsorganisation der dominierende Einfluß gesichert war, soll jetzt der Industrieorganisation die erste Stelle zuerkannt werden. Mit diesem Fortschritt sollte man sich begnügen und nicht versuchen, einen Organisationsplan durchzusetzen, der die Betriebe bis ins kleinste verteilt. Dadurch würden sich Grenzstreitigkeiten entwickeln, die einfach unerträglich wären. Für die hier beteiligten drei Verbände

ist der Streit um die Organisationsform an sich erledigt. Wenn alle am Transport und Verkehr und die in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beteiligten Arbeiter einschließlich der Beamten einheitlich organisatorisch erfasst werden, dann gibt es zwischen ihnen keine Grenzstreitigkeiten mehr. (Lebhafte Beifall.)

Stetter (Vorstand): Wie können wir die in den Kommunen vorhandenen Beamten, vor allem die Beamten, die einst durch die Reihen unseres Verbandes gegangen sind und sich heute im Deutschen Beamtenbund befinden, wieder zur unsere Ziele gewinnen? (Zuruf: Auch die Angestellten!) Auch die Angestellten. Wir haben einen Weg zu gehen versucht, indem wir im Anschluß an die Gründung des ADGB gleichzeitig die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten ins Leben gerufen haben und alle übrigen Kommunalbeamten organisierenden Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen geschlossen haben. Die dreijährige Erfahrung, die wir jetzt hinter uns haben, hat uns gezeigt, daß in dieser Arbeitsgemeinschaft das Problem nicht zu lösen ist. Daraus resultiert die Ihnen vorgelegte Entschließung zur Beamtenfrage. Diese Entschließung hat bei den Vertretern der deutschen Berufsfeuerwehrmänner Beifall erregt. Sie fürchten, daß mit Annahme dieser Entschließung für den Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner die Wege zu einer organisatorischen Vereinigung veramtet sind. Wir beabsichtigen mit der Annahme dieser Resolution keineswegs dem Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner Schwierigkeiten zu machen, aber es ist uns unmöglich, an dieser Entschließung noch etwas zu ändern. Das Wichtigste, was wir zur Gewinnung der Beamtenchaft brauchen, ist eine auf die Beamtenchaft zugeschnittene Presse, und dieses Organ kann nur im Zusammenhang mit der Lösung der Organisationsfrage geschaffen werden. An unsere Kollegen möchte ich die Mahnung richten, alles zu tun, um die widerstrebenden Auffassungen unter den Berufsfeuerwehrmännern zu zerstreuen, ihnen überall in kollegialer Zusammenarbeit den Weg zum Zusammenschluß ebnen. Sollten wider Erwarten unsere Bemühungen ergebnislos verlaufen, so werden wir unverzüglich unsere Beamtenfektion so ausbauen, daß daraus ein brauchbares Instrument zu machen ist. Wir wissen, wie ungemein schwer die gewerkschaftliche Erfassung der deutschen Beamtenchaft ist. (Lebhafte Beifall.)

Engelhardt-Stuttgart: Wir stehen in Stuttgart auf dem Boden des zentralen Tarifs, aber nicht in der Weise, daß Ervingeschäften, die man jahrzehntlang hatte, durch den Tarif-Abschluß verloren gehen.

Eitel-Potsdam wendet sich gegen eine zu große Kürzung der Berichte aus den Filialen und befürwortet die Einsetzung einer Pressekommission.

Rollmus-Berlin (Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner): Was die Entschließung zur Beamtenfrage anlangt, so wünschen wir allerdings, daß der letzte Absatz nicht bindend für den Verbandstag der Staats- und Gemeinbediensteter sein möge. Unser Vorstand hat den sehnlichsten Wunsch, daß es zu einer Verschmelzung mit Ihrem Verbands kommt. Aber die Schwierigkeiten, die zurzeit noch bei unsern Mitgliedern bestehen, zwingen uns, Sie zu bitten, die Arbeit, die wir in dreijähriger Tätigkeit aufgewendet haben, um den Gedanken der Verschmelzung zu propagieren, nicht zu stören. Infolge der ganzen Dienstverhältnisse bei uns war es bisher noch nicht möglich, die Mehrheit unserer Mitglieder davon zu überzeugen, daß nur ein einheitliches Handeln mit den Arbeitern der Gemeinden für uns ein Vorteil sein kann. Aber die Propaganda des Gedankens der Verschmelzung hat gerade in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht, und wenn wir auf der Tagung in Lübeck noch nicht zur Entscheidung kommen, so wird auf jeden Fall die nächste Zeit ein Aufgehen unseres Verbandes in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bringen.

Seller-Freiburg: Wir stehen auf dem Boden eines zentralen Vertrages, aber die Kollegen in fast ganz Süddeutschland sind der Meinung, daß uns die letzten beiden zentralen Verträge wesentliche Verschlechterungen gebracht haben. In dem Augenblick, wo der Reichstariifgedanke umschlägt zu einem Stillstand oder Rückschritt der fortgeschrittensten Gebiete, kann er nicht mehr vertreten werden.

ihnen in der Arbeiterbewegung begegnet sind; sie hat aber auch andererseits einen Quell von Kräften aufgespeichert, der für die Kämpfe der Zukunft segenspendend wirken wird und wirken muß.

Vielleicht ist hier nicht die Stelle, um über eine andere Anwendung der Olympiade zu sprechen; die nämlich, daß die Frankfurter Tage für alle Teilnehmer gezeigt haben, wie die Arbeiterbewegung eine große Kulturbewegung geworden ist, die der Partei und den Gewerkschaften große Aufgaben stellt. Wir dürfen die Sportbewegung nicht mehr über die Achsel betrachten, wie es zum Teil noch geschieht. Es wäre gestreift, wenn es etwa jetzt nach Frankfurt noch Kollegen gäbe, die sagen könnten, was geht uns der Sport an. Nein, wir müssen hinein in die Reihen der Sportgenossen gehen, wir müssen sie zu uns herüberziehen und wir müssen zu ihnen stoßen. Das, was sich auf dem Frankfurter Festplatz in der Woche vom 24. bis 28. Juli abgepielt hat, darf nicht Spiel bleiben. Es muß herrlich aufgehen in der gemeinsamen Arbeit. Sehen wir uns nur um, wie die bürgerlichen Blätter diese große, ja die größte Sportveranstaltung der Welt abgetan hat. Wenn es

da noch einen Arbeiterturner, Radfahrer usw. gibt, der ein solches Blatt in seiner Stube liebt, der sich vor Scham in die Erde vergraben. Gerade Frankfurt hat gezeigt, wie die Gewerkschaften sich der Sache angenommen haben. Wir werden diese nächsten Wochen und Monate, wo unsere Sportvereine unter der Olympiade und ihren Einbrüchen stehen, für unsere Werbearbeit viel guten Willen finden. Die Agitation der Sportvereine wird sich in den bisher noch abseits stehenden Teilen der Arbeiterschaft lebhaft auswirken. Das muß der Zweck der Olympiade sein, daß sie auf Wochen und Monate unsere Werbearbeit belebt, daß dieses Gefühl der Gemeinsamkeit nun hundertfältige Früchte erntet. Dann erst haben wir den Sinn der Frankfurter Tage richtig verstanden. Was sich in Frankfurt an Begeisterung, an Mut und Kraft, an Gewandtheit und Ausdauer gezeigt hat, das muß nun politisch und gewerkschaftlich ausgewertet und nutzbar gemacht werden.

Die Olympiade ist vorüber, das Fest ist verklungen. Nun beginnt die Arbeit, damit alle unsere Kollegen an der Olympiade ihr Klassengefühl stärken und beleben können.

In der Auslegung der §§ 7 und 13 muß Klarheit geschaffen werden. Der Manteltarif enthält auch in anderen Bestimmungen Unklarheiten. Das darf nicht sein. Ein solcher Vertrag muß eine vollständige klar Sprache sprechen. An der jetzigen „Beamten-Gewerkschaft“ haben die Beamten kein Interesse, da sie nur von Arbeiterfragen handelt. Dem Gedanken, daß wir im Verbandsvorstand eine Vertretung haben müßten, die auf dem Gebiete der kommunalen Wirtschaftsbetriebe unbedingt Bescheid weiß, stimme ich durchaus zu, möchte aber dringend davor warnen, dabei an einen Theoretiker zu denken. Dafür muß ein Mann aus der Praxis genommen werden, der auch nicht einseitig auf die Elektrizitäts-Industrie eingestellt ist. (Bravo!)

Reißner-Königsberg: Es sollten mehr Sondertouren einzelner Gruppen stattfinden. Auf dem Verbandstag ist es unmöglich, alle die einzelnen Gruppen interessierenden Fragen zu erörtern. Die Tarifverträge haben sich dann von Jahr zu Jahr verschlechtert. Trotzdem muß an dem Reichstarif festgehalten werden. Die Verschlechterungen sind lediglich darauf zurückzuführen, daß unsere Kraft sich verringert hat und die Wirtschaftsverhältnisse schlechter geworden sind. Jetzt geht es, wie in allen Gewerkschaften, so auch bei uns wieder vorwärts, und wir dürfen mit Recht hoffen, daß es uns möglich sein wird, bei kommenden Verhandlungen, wenn der Reichs-Arbeitgeberverband nicht freiwillig Zugeständnisse macht, den Kampf gegen ihn zu führen. Wir haben in Königsberg eine Menge guter Bestimmungen preisgeben müssen, stehen aber trotzdem nach wie vor auf dem Boden eines zentralen Tarifs. Auch für städtische Krankenanstalten, für die Theaterbetriebe und auch für die schlecht gestellten Reichswegebauarbeiter, sollte eine zentrale tarifliche Regelung erstrebt werden. Allerdings müßte eine bezirksliche Sonderregelung zulässig sein.

Bill-Ludwigshafen: Die Gründung einer Reichsaktion für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte wäre in den kleineren und mittleren Städten den Direktoren und Bürgermeistern nur recht. In Ludwigshafen hat uns der Direktor des Gaswerks erklärt: Schätzten Sie doch die andern Kollegen von der Müllabfuhr usw. ab, dann werden Sie bald höhere Löhne haben. Nein, wir müssen die Solidarität auch mit diesen Kollegen aufrechterhalten. (Bravo!)

Sücht-Halle betont, daß, wenn nicht die Möglichkeit bestehe, bessere Bedingungen im RRT zu erreichen, zum System der Bezirksstarife übergegangen werden müsse. Notwendig sei eine bezirksliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Einberufung einer Reichskonferenz für die Beamten.

Kort-Danzig stellt fest, daß in Danzig der Achtstundentag wieder errungen sei, begrüßt den Abschluß der Kartellverträge und fordert, daß noch mehr zur Weiterbildung der Mitglieder getan werde.

Agodjinski-Berlin schildert die Nachteile, die der RRT Berlin gebracht habe. Die Haltung der Berliner zu dem Vertrag sei eine rein latente Frage, ihre Solidarität dürfe deswegen nicht in Zweifel gezogen werden. Der Redner fordert weiter, daß der Verband alles daran setze, die Technische Rothhilfe zu beteiligen. (Bravo!)

Dritter Verhandlungstag, Mittwoch, den 5. August 1925.

Schulz, Verbandsvorstand, geht ausführlich auf die Angriffe gegen den Reichstarif ein. Der Reichslohnstarif für die Reichsarbeiter ist sozusagen als der Minimallohnstarif anzusehen. Wenn von der Gewerkschaftszentrale der RPD gesagt wird, die Kollegen in den Bezirken haben nicht den Mut über einen etwa vorhandenen Reichsminimallohnstarif hinauszutreten, so ist das eine Einschüchterung der Kampfkraft in der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter, die wir uns verbitten müssen. Und das wird von den Leuten gesagt, die täglich die Weltrevolution machen. Kollege Reder wirft den Spitzenorganisationen und den Verbandsvorständen vor, daß sie Verräter seien. Wenn man selbst nichts erreicht, dann sagt man immer, der andere fällt mir in den Arm, ich kann nichts machen. Mit solchen Redensarten untergräbt man nur die Position des ADGB und unseres Verbandsvorstandes. Kollege Reder sagte ferner: Ihr könnt den Geist nicht töten! Ich möchte sagen: Sehr richtig, denn wo nichts ist, kann auch nichts getötet werden. (Heiterkeit.) Wenn wir einige Jahre in der Entwicklung unseres Tarifrechts weiter sind, wie der Buchrunderverband, dann werden wir einen von beiden Vertragsteilen festgelegten Kommentar erstfaßt haben. Heute, wo die Vertreter des Arbeitgeberverbandes den Tarifvertrag nach ihrer persönlichen Meinung auslegen, haben wir das selbe Recht, die einzelnen Paragraphen auch nach unserer subjektiven Rechtsauffassung zu deuten. Die Frage, ob Kalender- oder Werttage für die Urlaubsgewährung zugrunde zu legen sind, die Kollege Becker behandelt hat, ist auch nicht so einfach zu beantworten. So könnten bei der Festlegung des Begriffes Werttage die Schichtarbeiter im Urlaub geschädigt werden. Es ist daher am besten, die Zahl der Kalendertage zu erhöhen, um die Verlängerung des Urlaubs zu erreichen. Dem Kollegen Reißner möchte ich erwidern, wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in einen Reichstarif gehören. Von den Arbeitgebern wird die Zersplitterung in besondere Reichstarife für Kraftanstalten, Theaterarbeiter und Krankenhäuser usw. gewünscht. Das bedeutet aber eine Schwächung der Position

dieser Kollegen. Wenn der Reichstarifvertrag so schlecht ist, dann wundert es mich, daß wir vom April v. J. bis heute 24 000 neue zahlende Mitglieder gewonnen haben. Wir sind die Pioniere für das soziale Arbeitsrecht im Deutschen Reich gewesen. Die Reichsarbeiter haben es uns mit zu verdanken, daß die Verhältnisse bei ihnen besser geworden sind. Auch in der Frage des Ruhegeldes haben wir die Widerstände gebrochen und ganz erhebliche Fortschritte erreichen können. Mögen durch den Reichsmanteltarif, der 1920 zwangsweise geschaffen werden mußte, noch so viele materielle Erfolge einzelner Filialen zum Teufel gegangen sein, das Allgemeininteresse muß über das Interesse einer einzelnen Filiale gestellt werden. 1920/21 wäre der Gemeindearbeiterverband ohne den Reichsmanteltarif der Auflösung zugeführt worden. Dem mußte der Verbandsvorstand entgegenwirken. Von der Zentrale der RRT werden die Verhältnisse der Gemeindearbeiter vom grünen Tisch aus betrachtet. Sie stellt in der Lohnfrage folgende Forderungen auf: 1. Keinen Reichsminimaltarif. 2. Gleicher Lohn für Männer, Frauen und Lehrlinge. (Heiterkeit.) 3. Es muß die Leistung bezahlt werden. (Heiterkeit.) 4. Ablehnung der Begriffe: Handwerker, Angelernte und Ungelernte. (Heiterkeit.) 5. Es sollen drei Lohnstufen gebildet werden. (Heiterkeit.) 6. Beseitigung der Soziallöschung. Ich möchte einen der hier anwesenden Kommunisten sehen, der aufsteht, und sagt: wenn wir den Soziallohn nicht haben, so wird das im Lohn ausgeglichen. Keiner steht auf. Also, dann sollte man nicht mit solchen Parolen die eigenen Leute verrückt machen. — Was unsere Rechtsauffassung über die §§ 7 und 13 anlangt, so wird sie auch von einem Teil der Arbeitgebervertreter geteilt. Es kann hier festgestellt werden, daß die uns günstige Entscheidung der Bezirksamtsstelle Berlin nur deshalb zustande kam, weil aus der Stellungnahme des Vertreters des Berliner Magistrats, der an den Reichsstarifverhandlungen teilgenommen hat, herauszuhören war, daß er unsere Auffassung über den Gang der Verhandlungen wohl insallig teilte. Ebenso hat auch Oberbürgermeister Wigglass, als Kollege Müntner am 3. Juli mit ihm verhandelt hat, erklärt: „Vor der Entscheidung des Zentralausschusses habe auch ich die Auffassung teilen können, daß die Deputation der Arbeitnehmervertreter richtig ist.“ Der Kampf um die Ausgestaltung des Reichsstarifvertrages muß natürlich weitergeführt werden. (Bravo!)

Benkert-Würzburg tritt für eine Teilung des Bezirksstarifbezirks Bayern ein und wendet sich gegen die Bindung durch den RRT.

Es folgen die Schlussworte:

Kuppert bespricht die zum Klassenbericht vorliegenden Anträge. Eine Streichung aller Schulden der Filialen von 1923/24 lehnt der Vorstand ab. Er wird aber in Rosfällen wie bisher helfen eingreifen. Eine Invalidenversicherung aller Mitglieder des Bundes, wo sie der Bezirk Nordwest anrege, ist undurchführbar.

Dittmer betont gegenüber den Angriffen auf die „Beamten-gewerkschaft“, daß ein großer Teil der „Gewerkschaft“ ganz allgemein gehalten sei, also auch für die Beamten gelte. Wenn für die Beamten eine ganz besondere Ideologie herausgestellt werden soll, dann besteht die Gefahr, daß wir nicht zur gemeinsamen Front kommen. Im übrigen hängt diese Organisationsfrage von der Organisationsfrage der Beamten ab. — Die Erringung des 8½-Stundentages im Gau Stuttgart mußte damals, als von allen Seiten die Mitteilungen über die Durchführung der 12-Stundenschicht und des 10-Stundentages kamen, als Erfolg bewertet werden. — Bei der Streichung, die Eitel-Poisdam kritisierte, handelte es sich darum, daß aus einem Bericht ein Hymnus auf einen Kollegen gestrichen wurde, um nicht andere Kollegen, die ebenso wacker arbeiten, vor den Kopf zu stoßen. Die Streichung ist im Einvernehmen mit dem betreffenden Kollegen erfolgt. Daß das dann Anlaß geben könnte, hier die Einsetzung einer Pressekommission zu beantragen, habe ich mir allerdings nicht träumen lassen. — Bei der Kürzung der Berichte spielt im übrigen der Raumangel eine Rolle, und wir müssen auch Dinge herausstreichen, die vielleicht an anderer Stelle der „Gewerkschaft“ schon stehen, was die Kollegen nicht wissen können. — Die Organisationsfrage ist von der Presse sehr ausführlich behandelt worden. Zum Schluß kann ich zu meiner Freude feststellen, daß der Inhalt der „Gewerkschaft“ im allgemeinen recht gut aufgenommen wird. Ich folgere daraus, daß die Redaktionsführung in Zukunft auf demselben Basis weitergeführt werden muß und möchte nur bitten, daß unsere Kollegen die Presse noch besser unterstützen als bisher. (Bravo!)

Müntner: In dem Bericht der kommunistischen Presse über meine Rede steht, daß ich gesagt hätte, die Sozialdemokratie habe sich vielfach für die Privatisierung der Staats- und Gemeindebetriebe eingesetzt. (Zuruf: Unerhört!) Ich habe das Gegenteil davon gesagt und habe nur betont, daß zu meinem Bedauern auch Arbeitervertreter — und dazu gehören auch Kommunisten — sich in einem Reihe von Gemeinden diesen Entkommunalisierungsbestrebungen nicht genügend entgegengestellt hätten. Der Redner betont weiter gegenüber den Vertretern aus dem besetzten Gebiet, daß im gedruckten Bericht über die Leiden des besetzten Gebiets sehr ausführlich berichtet sei, und daß auch gerade das Ausland durch ihn u. a. auch auf Grund eigener Erfahrungen bei einem längeren Aufenthalt im besetzten Gebiet eingehend unterrichtet worden sei. Er

dem R.M. sind die Unternehmer mehr interessiert als wir, und ich kann mir Episoden vorstellen, wo wir ohne R.M. leben und kämpfen müssen. Darüber gibt es im gesamten Vorstand keine Zweifel. Aber die Sache will doch sehr sorgfältig überlegt sein. — Von der Anstellung eines Juristen im Verbandsvorstand ist keine Rede. Wir wollen gerade, daß an die Stelle des formalen Juristenrechts der gesunde Menschenverstand in den Tariffragen tritt. — Die Russen haben wir nicht mit Absicht von unserer Tagung ferngehalten. Wir haben uns früher mit einem Vertreter Russlands, der bei uns war, eingehend unterhalten. Einmal haben wir auch eine Einladung nach Rußland bekommen, die aber so kurzfristig war, daß wir ihr nicht folgen konnten. Auf eine zweite Einladung hin haben wir uns bereit erklärt, eine Delegation zu entsenden, um die Verhältnisse kennenzulernen, aber nur unter der Voraussetzung, einen Mann unseres Vertrauens, der der russischen Sprache mächtig ist, mitbringen zu dürfen. Es wurde dem zugestimmt, aber es dürfte kein Konterrevolutionär sein. (Heiterkeit.) Nun bin ich wohl auch Konterrevolutionär in Rußland. Als die Sturm- und Drangperiode war, hat man den verstorbenen Alwin Körsten, den nachmaligen Handelsminister Siering, meine Benignität und einen Kollegen von den Lithographen vor das höchste Gericht im Herrenhaus gestellt und der Vollzugsausschuß sollte beschließen, ob wir gleich an die Wand gestellt oder uns noch eine Atempause zur Verteidigung gestattet werden sollte. Ich kann mir sehr gut vorstellen, wie ich nach Rußland hinkomme, aber ich weiß nicht, wie ich wieder zurückkomme. Der Teufel traue dem Apotheker. (Große Heiterkeit.) Es ist diesmal zu unserem Verbandstag keine Anfrage aus Rußland gekommen, ob uns eine Delegation genehm wäre. Das vorige Mal haben sich die Russen selbst eingeladen, haben uns aber nicht gesagt, daß sie zum selben Zeitpunkt für sich eine internationale Konferenz einberufen hatten. Das haben wir nicht als offen und ehrlich betrachtet. Wenn man an unserer Tagung teilnehmen will, muß man schon gestatten, daß wir an den Tagungen der Russen teilnehmen. Tragisch haben wir diese Dinge nie genommen. Wir sind, abgesehen von Hagen, immer mit unseren Kollegen ausgetommen, welcher Parteirichtung sie auch angehören mögen. In unserer Organisation ist Raum für alle, die wirkliche Gewerkschaftsarbeit leisten wollen. Der Verbandsvorstand kann in Anspruch nehmen, diesen Beweis erbracht zu haben. Nach unseren Feststellungen haben 73 Proz. unserer Kollegen den Achtstundentag erhalten. Wir haben es vielleicht etwas leichter gehabt als die Arbeiter in der Privatindustrie. Müntner polemisiert dann noch gegen die „Gewerkschafts-Zeitung“, die teilweise selbst gegen die Beschlüsse des Bundesvorstandes in der Organisationsfrage schreibt. Wir haben nach bestem Wissen und Können unsere Pflicht getan. Jede Kritik an den Verbandstörperschaften sollte das voraussetzen. Ich bitte, uns mindestens zu fongedieren, daß, wenn wir nicht bessere Resultate erzielen konnten, es nicht daran lag, daß wir nicht die letzte Kraft hingegeben hätten, sondern an den Umständen. (Lebhafte Beifall.)

Die Entschlüsse zur Frage der Entkommunalisierung, zur Zollfrage, zur Technischen Nothilfe, zur Arbeitszeitfrage, zur Lohnpolitik, zum Tarifrecht, zur Industrieorganisation werden unverändert angenommen. In der Entschlüsse zur Beamtenfrage werden im zweiten Absatz die Worte „in absehbarer Zeit“ gestrichen. Von den Anträgen aus der Vorlage wird zum Thema Tarifverträge folgender Antrag der Gaukonferenz Stuttgart angenommen:

Die Geschäftsstelle des Reichsarbeiterverbandes nimmt eine Stellung in der Auslegung des R.M. ein, die alle mit großer Mühe erreichten Vorteile wieder illusorisch macht. — Die am 7. Juni 1925 tagende Konferenz des Gaues Stuttgart erucht daher den Verbandstag, zu beschließen, daß der R.M. zum nächstzulässigen Termin gekündigt wird. — Sollte der Reichsarbeiterverband von seiner selbstherrlichen unsozialen Tarifpolitik nicht ablassen, so ist ein neuer R.M. nicht wieder zum Abschluß zu bringen. — Als notwendige Voraussetzung für die künftige Gestaltung der Tarifverträge erachtet die Konferenz den lädenlosen Ausbau der Organisation und verpflichten sich daher die Delegierten, sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß in absehbarer Zeit kein organisationsfähiger Gemeinde- und Staatsarbeiter mehr außerhalb des Verbandes ist.

Ferner ein Antrag der Wirtschafts-Bezirkskonferenz Bayern beschlossen, der verlangt, daß der Verbandsvorstand unverzüglich von der Reichsregierung die Außerkräftsetzung des Art. 16 der Personalabbauperordnung zu fordern hat, damit der § 84 Ziffer 4 des Betriebsrätegesetzes für alle Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen wieder Rechtskraft erhält. Die meisten übrigen Anträge werden durch die Entschlüsse für erledigt erklärt. Einige Anträge werden dem Vorstand überwiesen, z. B. ein Antrag der Beamtenabteilung München, der Beamtenbewegung ein Programm zugrunde zu legen. Der Gegenfeitigkeitsvertrag und der Kartellvertrag mit den Eisenbahnern und dem Verkehrsband wird einstimmig angenommen.

Die angenommenen Entschlüsse lauten:

Entschlüsse: „Entkommunalisierung“.

Der 10. Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellt mit Entrüstung fest, daß in den letzten Jahren eine Reihe staatlicher und kommunaler Betriebe aus der staatlichen oder Gemeinde-

wirtschaft in Privatbesitz umgewandelt oder in gemischtwirtschaftliche Betriebe umgewandelt sind. — Die Behauptung, daß die privaten oder gemischtwirtschaftlichen Betriebe rationaler betrieben werden könnten als die Regiebetriebe, ist durchaus nicht erwiesen und hält einer objektiven Prüfung auch nicht stand. — Es steht vielmehr fest, daß das Wirtschaftsergebnis gut geleiteter Regiebetriebe dem Ergebnis gleichartiger Privatbetriebe mindestens gleichsteht. — Die technische und kaufmännische Betriebsführung der Regiebetriebe kann und muß zu höchster Vollkommenheit ausgebildet werden, was mit Unterstützung der Sach- und Fachkenntnisse der Betriebsräte möglich und notwendig ist. — Durch die Schaffung auskömmlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen wird es möglich sein, eine Arbeiterkaste heranzubilden, die durch gesteigerte Arbeitslust und entsprechendes Interesse am Betriebe die Wirtschaftsergebnisse der Regiebetriebe jedem nur dem Privatbesitz dienenden Betriebe überlegen macht. — Der Verbandstag fordert daher die Vertreter der Arbeiterparteien in den Parlamenten auf, keinerlei Überführungen staatlicher oder kommunaler Betriebe in Privatbetriebe oder gemischtwirtschaftliche Betriebe zuzustimmen und den Entkommunalisierungsbekämpfungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken.

Entschlüsse zur Zollfrage.

Der 10. Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter billigt die Stellungnahme des Vorstandes und Ausschusses des R.D.W. zur Schatzvollfrage und stimmt der vom Bundesauschuß beschlossenen nachfolgenden Resolution vollinhaltlich zu: „Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die Haltung seiner Vertreter im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einem Zolltarif für den Abschluß von Handelsverträgen bestritten waren, den Massenverbrauch in Deutschland nicht zu belassen und dem zollfreien Warenverkehr unter den Völkern die Wege zu ebnen. Wo sie bei den Abstimmungen in der Rinderheit blieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet. Die nunmehr veröffentlichte neue Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Bundesauschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vertreten worden ist. Sie ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollauschuß in seinen Gutachten an die Regierung vorgeschlagenen Zölle weit hinaus, sie steht auch ungemein hohe, die Lebenshaltung der Arbeiterkaste unmittelbar belastende Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Milch, besonders aber die Vorkriegszölle auf Brotgetreide als Mindestzölle. Diese Zollvorlage, zum Gesetz erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensverteuerung der Arbeiterkaste in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines ausnahmsfähigen Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen. — Zudem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeiterkaste nach einem Ausgleich ihrer Lebensverteuerung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. — Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt hiermit schärfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schatzzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterkaste verteuert, auf der andern Seite einen Ausgleich in Form von Lohnhöhen abnehmen möchte. Er fordert insbesondere Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbzeuge und notwendigen Bedarfsgegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Milch und Kartoffeln, Schlachtvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzugestalten und weiterhin Vorzüge zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industriezölle festgesetzt werden, die zur Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Ausbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert geheimerisch eine Wirtschaftspolitik, die das höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt und stärkt.“

Entschlüsse: „Technische Nothilfe“.

Die „Technische Nothilfe“ hat überall dort, wo sie in die Kämpfe der Arbeiterkaste eingegriffen hat, gezeigt, daß sie sich in ihrer Wirkung gegen die Interessen der Arbeiterkaste nicht zu stellen mag. — Die „Technische Nothilfe“ gefährdet das Koalitionsrecht der Arbeiter. Es ist festzustellen, daß durch das Eingreifen der „Technischen Nothilfe“ nur Schaden und Unheil verursacht wurde. Die Helfer und Leiter der „Technischen Nothilfe“ sind ebenfalls so unerfahren und zum andern Teil besitzen sie so wenig Sachkenntnis, daß es leichtfertig und unverantwortlich ist, diesen Leuten die wertvollen Einrichtungen der Betriebe anzuvertrauen. — Mit Entrüstung nimmt der 10. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter davon Kenntnis, daß die „Technische Nothilfe“ von der Reichsregierung finanziell unterstützt wird. Die dem R.D.W. angeschlossenen Gewerkschaften sowohl als auch die Arbeitervertreter in den Parlamenten müssen diese Unterstützung der „Technischen Nothilfe“ ablehnen. — Die Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind und bleiben auch im schwersten Wirtschaftskampfe sich ihrer Verantwortung voll bewußt und werden alles tun, was notwendig ist, um der „Technischen Nothilfe“ den Vorstand des Eingreifens zu nehmen. — Der Verbandstag fordert daher den Verbandsvorstand auf, die „Technische Nothilfe“ mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Fortsetzung des Berichtes und Bekanntgabe der weiteren Resolutionen erfolgt in der nächsten Nummer.

Der Verelendung mit Macht entgegen.

Seit Wochen vollzieht sich im Reichstage ein zäher unerbittlicher Kampf zwischen den Parteien des Brotwuchers (zu denen sich auch das Zentrum gesellt hat) einerseits und der parlamentarischen Minderheit (Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten) andererseits um die Zölle und Steuergesetze. Alles, was die breite Masse an Lebensmitteln braucht, soll mit Zöllen und erhöhten Steuern belegt werden. Selbst die Wohnungen bleiben nicht verschont. Schon liegt ein Beschluß des Reichstages vor, wonach die Mieten spätestens am 1. April 1928 100 Proz. der Vorkriegsmiete betragen sollen. Was durch die Zollvorlage nicht belastet wird, soll besonders versteuert werden. Die erst vor wenigen Wochen durchgeführte geringfügige Erleichterung der Lohnsteuer ist bei den Einnahmen von über 200 Mark monatlich schon wieder aufgehoben. Dafür hat man allerdings Steuererleichterungen für die Kapitalisten beschlossen, die sowie das Reich fortgesetzt um Millionen Mark Steuerbeträge betrügen, wie die Abgeordneten Reil und Dr. Herz im Reichstage nachweisen konnten. Dieser unverkündete Raubzug auf die Taschen des Volkes wird ausgerechnet zu einer Zeit vorbereitet, wo die Lebensmittelpreise, insbesondere die Fleischpreise ohnedem bereits so weit gestiegen sind, daß sie von der beschlossenen Bevölkerung kaum noch erdrossen werden können. Betrug doch schon im ersten Quartal 1925 der Rinderverbrauch an Fleisch 12,1 Proz. gegenüber dem vom ersten Vierteljahr 1913. Dazu kommt, daß trotz des schon jetzt sinkenden Lebensstandards der Arbeiterklasse die Unternehmer jeder Lohnforderung den heftigsten Widerstand entgegensetzen. Erst ausgedehnte Kämpfe, wie in der Holzindustrie und in den Gemeindebetrieben zwingen die Arbeitgeberverbände zur Nachgiebigkeit. Hierher gehört auch der noch unentschiedene Kampf im Baugewerbe. Die Dinge treiben zu einer ungeheuren Verelendung der Massen durch ungläubliche Verteuerung der Lebensmittel und durch den Lohndruck der Unternehmer, wenn sich die Arbeiterklasse nicht schärfer als bisher zur Wehr setzt. Noch in letzter Stunde haben ADGB, FA-Bund, ADL und Gewerkschaftsring eine Eingabe an den Reichstag als warnendes Reneteteil geschickt, den Bogen nicht zu überspannen. In der Eingabe wird gesagt:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände richten an die Reichsregierung das Ersuchen, vor der Verabschiedung des Gesetzes über Zolländerungen nochmals in eine ernste Prüfung einzutreten, ob die geplanten schweren Eingriffe in das Wirtschaftsleben wirklich notwendig und unvermeidbar sind. Durch die Einführung von Zöllen auf Lebensmittel und Futtermittel würde eine unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten eintreten. In sorgfältigen Berechnungen ist festgestellt worden, daß allein durch die von der Regierung vorgeschlagenen Zölle auf Agrarprodukte eine minderbemittelte fünfköpfige Familie mit einer Mehrausgabe von mindestens 150 M. jährlich belastet werden würde. Auch nach der im Reichstag erfolgten Abänderung der Zollvorlage bleibt die Belastung unerträglich. Nach Ablauf der achtmonatlichen Schonfrist mit ihren ohnehin überhöhten Zöllen würde die Belastung trotz der Freilassung eines Gefleischkontingentes sich der genannten Summe von 150 M. jährlich weitgehend annähern. Die Einkommens- und Ernährungsfrage aller Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger ist zurzeit bereits derart gespannt, daß eine weitere Belastung nicht tragbar ist. Selbst die Spitzenverdienste, die nur für einen kleinen Teil der Lohnarbeiterschaft in Frage kommen, reichen bei den heutigen Preisen kaum hin, um eine auch nur einigermaßen ausreichende Lebenshaltung zu gewährleisten. Das Einkommen der großen Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger gewährt ihnen bei der bereits bestehenden Verteuerung nicht einmal das für die Erhaltung der Arbeitskraft und für das Heranwachsen einer gesunden neuen Generation erforderliche Existenzminimum.

Schon die für die nächsten Monate beschlossene sprunghafte Erhöhung der Mieten bedeutet für sämtliche Haushaltungen der Arbeiter, Angestellten und den größten Teil der unteren und mittleren Beamten eine Mehrausgabe, die dem letzten Lebensunterhalt abgerungen werden muß.

In dieser Situation ist es völlig ausgeschlossen, daß die geplante Mehrbelastung durch die Agrarzölle von den Konsumenten getragen werden könnte. Diese Auffassung der Gewerkschaften wird durch die Gutachten der Wissenschaftler vor dem Reichswirtschaftsrat und vor der Agrarquotekommission bestätigt, denen sich auch der Vertreter des Reichsbankdirektoriums angeschlossen hat. Es bliebe kein anderer Ausweg, als unverzüglich die Abwälzung der Belastung durch Lohn- und Gehaltserhöhungen in Angriff zu nehmen. Gegen solche Erhöhungen ist aber bereits im voraus der Widerstand der Arbeitgeberverbände angezündet worden. Schwere Lohnkämpfe und eine unheilvolle Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens müssen daher die unausbleibliche Folge einer Durchführung der Zollvorlage sein.

Die Gewerkschaften sind von der ungeheuren Verantwortung durchdrungen, die sie zwingen würde, diese Kämpfe mit aller Energie zu führen, um einen neuen Raubzug an der durch Kriegs- und Inflationsjahre geschädigten und kaum wiederhergestellten Arbeitskraft und Volksgesundheit zu verhindern. Sie sind der Ansicht, daß alles versucht werden muß,

um noch in letzter Stunde den zu erwartenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorzubeugen.

Die unterzeichneten Verbände unterbreiten der Reichsregierung daher folgenden Vorschlag, der sich für sie mit zwingender Logik aus den ausgeführten, von allen Sachverständigen übereinstimmend getroffenen Feststellungen ergeben hat:

Es muß mit allem Nachdruck daran gegangen werden, die besonderen Erschwernisse, unter denen die deutsche Landwirtschaft leidet und durch die sie schlechter gestellt ist als die Landwirtschaft anderer europäischer Länder, auf direktem Wege zu beseitigen. Es wären daher die Industriezölle und Einfuhrverbote, durch die die landwirtschaftlichen Produktionsmittel verteuert werden, aufzuheben, oder wenigstens in schärfer Degression abzubauen. Gleichzeitig wäre der Landwirtschaft der Weltmarkt für ihre Erzeugnisse zu sichern durch Freigabe der Ausfuhr und Beseitigung der Umfassener auf Lebensmittel.

Diese grundlegenden Maßnahmen, die sofort oder in kurzer Zeit durchgeführt werden könnten, müßten durch ein systematisches Programm der landwirtschaftlichen Produktionsförderung unterstützt werden. Das landwirtschaftliche Kreditwesen muß weiter ausgebaut werden; durch eine Verbindung zwischen Kreditgewährung und einer von den landwirtschaftlichen Organisationen selbst zu handhabenden Betriebsberatung wäre einer Verschwendung und unzuverlässigen Verwendung der Kredite vorzubeugen. Das landwirtschaftliche Unterrichtswesen muß in sehr viel großzügiger Weise ausgebaut werden, als es bisher in Deutschland gesehen ist, ebenso das Genossenschaftswesen. Der Übergang des Bodens an den besten Wirtschaftler ist zu erleichtern, und der Pächter gegen Ausbeutung zu schützen. Die gegenüber der Vorkriegszeit unnatürlich vergrößerte Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist abzubauen; zu diesem Zweck ist vor allem der Zusammenschluß zwischen den Genossenschaften der Erzeuger und denen der Verbraucher anzubahnen.

Ein großer Teil dieser Maßnahmen stellt erst eine langsam eintretende, dafür aber so nachhaltiger Wirkung in Aussicht; durch die Aufhebung der Ausfuhrverbote, den Abbau der Industriezölle und Beseitigung der Umsatsteuer auf landwirtschaftliche Produkte würde dagegen eine sofortige ganz wesentliche Erleichterung für die Landwirtschaft eintreten.

Die unterzeichneten Spitzenverbände machen daher den Vorschlag, diese Maßnahmen durchzuführen und gleichzeitig die zurzeit bestehende Zollfreiheit für Lebensmittel zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern. Nach Ablauf dieser Frist wäre die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu ermitteln und erst auf dieser Grundlage zur Frage der Agrarzölle endgültig Stellung zu nehmen.

Eine solche Verlängerung der Zollfreiheit erscheint um so weniger bedenklich, als bereits während des letzten Jahres, in dem die Landwirtschaft unter sehr viel ungünstigeren Bedingungen stand als gegenwärtig, die landwirtschaftliche Produktion nicht nur keine Verringerung, sondern eine ganz besonders rasche und erfreuliche Steigerung erfahren hat. Die Verflechtung in den weltwirtschaftlichen Güteraustausch bei zollfreier Einfuhr von Lebensmitteln und Futtermitteln hat seit der Stabilisierung der Währung auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in durchaus günstiger Weise gewirkt. Es besteht nicht der geringste Grund, daran zu zweifeln, daß die vorgeschlagenen ernsthaften Anstrengungen zur planmäßigen Förderung der landwirtschaftlichen Produktion diese Entwicklungsstrebung noch verstärken würden.

Unter Würdigung aller Umstände können die unterzeichneten Verbände in den geplanten Zöllen kein geeignetes Mittel der zielbewussten und sachlich begründeten Wirtschaftspolitik erblicken. Die den Konsumenten zugemuteten Opfer mit allen sich daraus zwangsläufig ergebenden Folgen sind durch die wirtschaftliche Situation in keiner Weise gerechtfertigt. Der Versuch, diese Zollpläne auf Grund der politischen Machtverhältnisse dennoch durchzuführen, würde daher nichts anderes darstellen, als einen Mißbrauch der Staatsmacht, um politischen Parteinteressen zu dienen und einflussreichen Wirtschaftsgruppen Sondergewinne zuzuwenden. Eine solche Entfremdung der Wirtschaftspolitik von den Grundlagen des sachlich Gebotenen würde nicht verfehlen, die schärfsten Abwehrmaßnahmen der benachteiligten Volksmassen herbeizurufen, und müßte für unser gesamtes politisches und wirtschaftliches Leben die verhängnisvollsten Folgen zeitigen.

Die unterzeichneten Spitzenverbände halten es daher für ihre Pflicht, in letzter Stunde nochmals vor dem Betreten dieses Weges zu warnen. Sie verfolgen mit ihrem Vorschlag die Absicht, zu einer für Wirtschaft und Volk nutzbringenden Behandlung der sojournierenden Entscheidungsfragen beizutragen.

Hinter diese Eingabe muß die Arbeiterschaft den schärfsten Druck setzen, wenn die Brotwucherer zur Vernunft kommen sollen. G. H.

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Rechersheim (Pfalz). Nachdem schon am 11. Juli hier eine Wasserbauarbeiterfiliatle gegründet wurde, fand am 26. Juli wieder eine Versammlung statt, in der Gauleiter Hund einen Vortrag hielt über „Warum müssen die Staatsarbeiter organisiert sein“. Durch den Zusammenhalt und Anschluß an unsere Organisation der Wasserbauarbeiter des Bezirks Rechtersheim, werden wir in der Lage sein, uns ein Arbeitsverhältnis zu schaffen, wie es die heutigen Zeitumstände verlangen. Die Diskussion bewies,

daß die Kollegen begriffen haben, daß nur durch eine Organisation ihre Interessen gegenüber der bayerischen Regierung vertreten werden können.

Truppenübungsplatz Münchingen. In der Mitgliederversammlung am 26. Juli wurde Stellung genommen zu der Lohnpolitik des Reichsfinanzministeriums. Nach eingehender Berichterstattung des Kollegen Bolm und scharfer Kritik in der Diskussion wurde nachfolgende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung der Reichsarbeiter des Truppenübungsplatzes Münchingen am Sonntag, den 26. Juli d. J. beauftragt ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion der Reichs- und Staatsarbeiter, vorliegende Entschliebung zur Kenntnis der maßgebenden Regierungsinstanzen zu bringen. Die Versammelten beschäftigten sich wie schon so oft mit der vom Reichsfinanzministerium gepflogenen Lohnpolitik. Sie stellen mit Entrüstung fest, daß die Regierung die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich unterschätzt, indem sie die vom Reichsfinanzministerium getriebene Lohn- und Gehaltspolitik gutheißt. Wir erwarten von dem Reichsfinanzministerium, daß es mit dieser Verteilungsart der angeblich so gering vorhandenen Mittel Schluß macht und eine gerechtere Entlohnung für seine Arbeitnehmer einführt. Die verlangten Verhandlungen betr. einer Lohnerböhung sollten alsbald stattfinden, um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu bereiten. Wir erwarten ferner, daß die Lohnzahlen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend erhöht werden und beteuern, die Verwirklichung der Organisation der Reichsarbeiter mit Energie anzustreben, damit in nicht allzu ferner Zeit ein stärkerer Gegenpol gegen das unsoziale Verhalten unserer Arbeitgeber geschaffen ist."

Ueber den Entwurf der zu schaffenden Pensionstasse für die Reichsarbeiter referierte ebenfalls Kollege Bolm. Die Aussprache ergab, daß es ein schon lange gehegter Wunsch der Kollegen ist, eine Pensionstasse im Bedarfsfalle zur Verfügung zu haben. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es der Organisationsführung alsbald gelingt, den Abschluß einer solchen herbeizuführen.

Beamtē

Gründung der Beamtensektion in Magdeburg. Die Ortsverwaltung hatte zum 16. Juli eine Beamtenversammlung einberufen, die durch Angestellte aus allen öffentlichen Verwaltungen und Betrieben stark besucht war. Kollege Wachtendorf referierte über Zweck, Ziele und Aufgaben der Organisation für die Beamten bzw. Angestellten. Besonders ging er auf die einseitig vom Magistrat herausgegebenen Anstellungsverträge über soziale Rechte und Eingruppierung in die einzelnen Gruppen der Besoldungsordnung ein. Nach lebhafter Aussprache wurden die Richtlinien für die künftige Tätigkeit wirtschaftlicher und agitatorischer Art festgelegt. Für eine sachlich-selbständige Bearbeitung aller Fragen wurde eine fünfgliedrige Sektionsleitung gebildet. Mit dem berechtigten Wunsche, daß die junge Beamtensektion recht bald ein vollwertiges Glied der Gesamtorganisation sein möge, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Aus unserer Bewegung

Augsburg. In stark besuchter Versammlung nahmen die Gemeindeglieder am 31. Juli Stellung zu den Ergebnissen der eingeleiteten Lohnbewegung. Gauleiter Kemmer referierte. Die Arbeitnehmervertretung habe während der ganzen Verhandlungszeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Gemeinde- und Staatsarbeiter durch den Verlust des Beamtenangeleichs stark ins Hintertreffen geraten seien. Sie ständen mit ihren Löhnen unter den Gehältern der unteren Beamtengruppen. Wenn man aber in der Öffentlichkeit die Gehälter der angeführten Beamtengruppen mit Recht als Hungerlöhne ansehe, so treffe dies eben noch viel mehr auf die Gemeinde- und Staatsarbeiter zu. Dabei sei besonders zu bemerken, daß in der letzten Zeit die Löhne bei verschiedenen anderen Berufszweigen von 4 bis zu 25 Pf. erhöht worden sind. Aber auch bezüglich der Gemeindegliederlöhne hätten manche Städte die Bereitschaft zu einem teilweise nicht unerheblichen Entgegenkommen gezeigt. Gewährte oder in Aussicht gestellte Vergünstigungen seien stets vom Landes-Arbeitgeber-Verband wieder illusorisch gemacht worden. Der Landes-Arbeitgeberverband erklärte, daß die Gewährung einer Lohnerböhung sei unmöglich. Auch könne sich der Landes-Arbeitgeberverband nicht damit einverstanden erklären, daß die Einteilung für verschiedene Städte geändert werde. Er lehne ferner eine Sonderzulage für Bayreuth und eine eigene Regelung für die Spezialarbeiter ab. Letzteres deshalb, weil sonst eine Durchsicherung des Lohnstarifes eintreten würde. Der Landes-Arbeitgeberverband beantragte Weiterführung des bisher in Kraft befindlichen Lohnabkommens mit erstmalig möglicher Kündigung ab 30. September. Das würde bei der vorgesehenen einmonatigen Kündigungsfrist eine Weiterführung der bisherigen Löhne bis 1. November 1925 bedeuten. Die Landestarifkommission habe einmütig ein derartiges Anfinnen abgelehnt und die Bezirksamtsstelle angerufen, die ebenfalls in Augsburg zusammentrat und nach Änderung der beiden Parteien

den Schiedspruch fällte, daß die derzeitigen Löhne bis 1. Oktober gelten sollen. Die Ortsklassenneuregelung werde abgelehnt, ebenso die Zulage für Spezialarbeiter. Dagegen sei es der Tarifkommission anheimgestellt, zu den Septemberverhandlungen neue diesbezügliche Anträge einzureichen. Die Bezirksamtsstelle verzichtete sich ebenfalls hinter die schwierige Finanzlage der Gemeinden und die Schiedsungen des Finanzausgleichs. Bezeichnend für ihre Unparteilichkeit war die Tatsache, daß zur Begründung des Spruchs nur das angeführt wurde, was die Arbeitgeber gesagt hatten, während die Einwendungen der anderen Seite gar nicht in Betracht gezogen wurden. Nun werde die Situation ernst. Die Landestarifkommission habe einstimmig beschlossen, den Schiedspruch abzulehnen. Kommt keine Einigung zustande, so bleibt nichts übrig, als das Messen der Kräfte. Deshalb ergehe jetzt der Ruf zur Sammlung, zur Kampfbereitschaft. — In der Diskussion sprachen 18 Redner, die alle die Kampfbereitschaft der Augsburger Gemeindeglieder erklärten. Brisch meinte unter allgemeinem Beifall, der Landes-Arbeitgeberverband hätte den Fehdehandschuh hingeworfen, es gelte nun, ihn aufzunehmen. In den nächsten Tagen müsse die Sammlung der Kräfte erfolgen. — Gauleiter Kemmer gab im Schlußwort noch Aufklärung über die Vorbereitungen für den äußersten Fall. Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 31. Juli 1925 im Wittelsbacher Hof tagende überaus stark besuchte Versammlung der Gemeindeglieder Augsburgs hat den Bericht des Obmannes der Landestarifkommission (L.T.K.) der Gemeindeglieder Bayerns, über die Lohnverhandlungen vom 24. und 26. Juli entgegengenommen und gibt ihrer schärfsten Entrüstung Ausdruck, daß der Landes-Arbeitgeberverband bayerischer Gemeinden und Gemeindeverbände (L.A.B.) sowie die Bezirksamtsstelle alle von den Arbeitnehmern gestellten Forderungen glatt abgelehnt hat. Die Versammlung kann nicht verstehen, daß der L.A.B. sowie die Bezirksamtsstelle kein Verständnis für die Not in den Gemeindegliederfamilien hat und kalten Blutes jedes Entgegenkommen ablehnt. Mit der Haltung und der Tätigkeit der Landestarifkommission ist die Versammlung durchaus einverstanden und spricht ihr das Vertrauen aus. Die Gemeindeglieder werden den Weisungen der L.T.K. unbedingt Folge leisten. Jetzt gilt es, alle Kräfte in der Organisation zu sammeln und es werden die Augsburger Gemeindeglieder auch bei den letzten und schärfsten Auseinandersetzungen nicht zurücktreten.“

Bayern. Seit vier Jahren besteht für die unter den Bezirksamtsstellungsvertrag fallenden 12 000 Gemeindeglieder mit dem Landes-Arbeitgeberverband bayerischer Gemeinden und Gemeindeverbände (L.A.B.) ein Tarifvertrag mit Lohnabkommen. Letzteres wurde von der Arbeitnehmerorganisation zum 31. Juli 1925 gekündigt und von ihr folgende Forderungen eingereicht: Pro Stunde 15 Pf. Lohnerböhung ab 1. August 1925, Hebung der Städte Erlangen, Schweinfurt und Selb in Ortsklasse S und der Städte Ansbach und Traunstein in Ortsklasse II. Für Bayreuth 10 Proz. Ortslohnzulage. Ferner sollten für Spezialarbeiter besondere Zulagen örtlich vereinbart werden dürfen. Am 24. Juli wurde in Augsburg mit dem L.A.B. verhandelt. Dieser lehnte nicht nur alle Forderungen ab, sondern verlangte noch, daß die jetzigen unzulänglichen Löhne bis zum 1. November 1925 in Kraft bleiben. Nachdem die Verhandlungen somit ergebnislos waren, trat am anderen Tages, also am 25. Juli, die Bezirksamtsstelle unter dem Vorsitz des Rechtsrats Dr. Klein, Augsburg, als Unparteiischem in Tätigkeit. Gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeiziger wurde ein Schiedspruch gefällt, welcher, genau wie der L.A.B., die Forderungen der Arbeitnehmer alle ablehnte und die Gültigkeit des jetzigen Lohnabkommens bis 30. September 1925 verlängert. Die Ablehnung der Forderungen begründet der Schiedspruch mit der schlechten Finanzlage der Gemeinden und der noch ungeklärten Lage des Finanzausgleichs der Gemeinden mit dem Staat. Die Arbeitnehmer konnten beweisen, daß die meisten Städte selbst zugaben, daß die Gemeindegliederlöhne unzulänglich sind, ja daß mehrere Städte bereit wären, höhere Löhne zu zahlen, wenn der L.A.B. ihnen es nicht verbiete. Das gleiche trifft auch auf die beantragte Hebung einiger Städte in eine höhere Ortsklasse zu, wo ebenfalls die Zustimmung der Städte gegeben ist. Der L.A.B. hindert seine Mitgliedsstädte, ihren Arbeitern freiwillig etwas entgegenzukommen. In den Verhandlungen brachte er seine echt kapitalistische, ja schamloserische Einstellung zum Ausdruck: „Solange es noch Arbeiterkategorien gibt, die weniger Lohn haben als die Gemeindeglieder, ist eine Lohnforderung der letzteren nicht am Platze.“ Damit aber die unzulänglichen Gemeindegliederlöhne möglichst hoch erscheinen, rechnet der L.A.B. auf jeden Stundenlohn 7 Pf. Frauen- und Kinderzulage (als wenn jeder Gemeindeglieder eine Frau und ein drittel Kind hätte) und 20 Proz. für die anderen Sozialvergünstigungen, wie Urlaub, Krankenlohn, Ausbleiben usw. Ein großer Teil der Gemeindeglieder nimmt an diesen Vergünstigungen, die übrigens mit 20 Proz. viel zu hoch berechnet sind, gar nicht teil. Aber diese Berechnung braucht man, um wenigstens theoretisch einen möglichst hohen Lohn auf dem Papier zu haben. Damit will man beweisen, daß die höheren Privat-Arbeiterlöhne noch immer unter den Löhnen der Gemeindeglieder stehen. Die Gemeindegliederlöhne sind gegenüber den vergleichbaren Beamtengehältern je nach der Ortsklasse um 6 bis 10 Pf. niedriger und die Beamtengehälter (Gruppe III bis V) werden in allen Volksteilen als Hungergehälter bezeichnet. Die Gemeinde-

arbeiter haben aber noch weniger Lohn. Deshalb die Genehmigung mehrerer Stadtgemeinden, Lohnzulagen zu geben, was aber der L.A.B. ablehnt. Den Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle haben die Arbeitnehmervertreter abgelehnt und werden weitere Schritte tun.

Danzig. Vor etwa zwei Jahren wurde von dem Danziger Senat die im März 1920 abgeschlossenen Tarifverträge für die Danziger städtischen Arbeiter und die Staatsarbeiter gekündigt. Nach langwierigen Verhandlungen ist es nun gelungen, einen neuen Manteltarif abzuschließen, der am 9. Juli von den vertragsschließenden Parteien unterzeichnet wurde. Der neue Manteltarif trat am 1. August 1925 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1926, wenn er drei Monate vorher gekündigt wird, sonst gilt er jeweils um ein Jahr verlängert. Als wichtigste Bestimmung ist daraus hervorzuheben, daß nunmehr ein gemeinsamer Tarifvertrag für die Danziger städtischen Gemeindegewerkschaften wie für die Staatsarbeiter geschaffen wurde, was bisher in Deutschland noch nicht erreicht werden konnte. Diese Ausdehnung auf die Gemeinde- und Staatsarbeiter ist hier um so eher möglich, weil der Danziger Senat neben den Staatsgewerkschaften nach der Verfassung auch die Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig ausübt. Dieser mit dem Danziger Senat abgeschlossene Tarifvertrag gilt auch für die übrigen Gemeinden im Gebiete der Freien Stadt Danzig, weil Gemeindebeschlüsse vorliegen, daß der jeweils mit dem Danziger Senat abgeschlossene Tarifvertrag für Staats- und Gemeindegewerkschaften auch für ihre Gemeinde gilt. Somit gilt der Tarifvertrag für das gesamte Staatsgebiet. Es ist nicht gelungen, alles durchzusetzen oder alle Verschlechterungsanträge abzuwehren, jedoch sind die größten Ansprüche verhindert worden. Die Staatsarbeiter erhalten gleichfalls wie die Gemeindegewerkschaften den Ruheohn gesichert. In dem Entwurf des Senats sollte der Ruheohn für die Staatsarbeiter nur gesichert werden, wenn die Staatsarbeiter auf das Streikrecht verzichteten. Dem einmütigen Widerstand der Gewerkschaften mußte der Senat hier weichen und von dieser Forderung Abstand nehmen. Bei der Ferienfrage verstellte sich der Senat auf den deutschen Reichsmanteltarif. Gegenüber dem bisherigen Zustand mußte eine Verschlechterung insofern in Kauf genommen werden, als der Urlaub jetzt für Kalendertage anstatt bisher Wochentage gilt und auch in der Urlaubszeit einige kleine Veränderungen vorgenommen wurden. Jedoch rechnen Wochenfeiertage nicht in die Urlaubszeit. Verbesserungen konnten andererseits in den Tarifvertrag hineingebracht werden, als vorübergehend beschäftigte Arbeiter, für welche der Tarifvertrag nicht gilt, diejenigen Arbeiter gelten, die nicht länger als sechs Monate (bisher neun Monate) ohne Unterbrechung beschäftigt sind. Ferner wird in Zukunft für Nacharbeit ein Zuschlag von 10 Proz. (bisher 6 Proz.) gezahlt. Es gelang auch für die vorübergehend beschäftigten Handwerker und angelernten Arbeiter den Lohn festzusetzen, wie er für Bauhandwerker tariflich festgelegt ist. Es war ja unmöglich, diese Bestimmung auch für die ungelerten Arbeiter durchzubringen. Wenn es nicht gelungen ist, allen Wünschen der Kollegen zu entsprechen, so ist die große Arbeitslosigkeit daran schuld. Die Behörden sind auch noch im Abbaugerade bei den Lohnempfängern begriffen. Aber durch den festen Zusammenhang der Kollegen und dem entschiedenen Widerstand der verhandlungsführenden Kollegen ist es gelungen, geplante weitgehende Verschlechterungen zu verhindern. Mit dem Errungenen wollen wir uns deshalb zufrieden geben. Die Kollegenschaft aber möge aus den Erfahrungen schweren langwierigen Kämpfen um den Abschluß dieses Tarifvertrages erkennen, wie notwendig der Zusammenhalt und eine starke Organisation ist. Deshalb Kollegen, haltet fest an der Organisation und macht sie schlagkräftiger als bisher, indem ihr dem Verband weitere Mitglieder zuführt.

Königsberg i. Pr. In der Generalversammlung am 23. Juli sprach Kollege Reifner über die Zollvorlage der Reichsregierung. Er wies nachdrücklich auf die Folgen sowohl der Agrarzölle als auch der Erweiterung der Industriezölle hin. Er forderte die Versammlung auf, durch weitgehende Aufklärung der gesamten Bevölkerung den Kampf gegen die Zölle zu unterstützen. Eine kommunistische Entschließung zur Zollfrage wurde von der Versammlung abgelehnt. Der Geschäfts- und Kassenbericht zeigt eine Zunahme des Mitgliederbestandes wie auch eine erhebliche Stärkung des Fiskalvermögens. Die Tätigkeit der Verbandsleitung führte zu einer Reihe neuer Tarifabschlüsse. An Stelle des ausscheidenden Kassenrevisors Kollege Tadel wurde mit großer Mehrheit Kollege Bull gewählt. Für die Dauer der Beurlaubung des Kollegen Reifner wählte die Generalversammlung als dessen Stellvertreter den bisherigen Vorsitzenden der Fiskale Kollegen Groß. Nach Beendigung der Tagesordnung wurde von kommunistischer Seite eine Aussprache über die Wahl eines Delegierten nach Sowjet-Rußland eingeleitet. Schon bei Beginn der Versammlung wurde der Antrag gestellt, diese Angelegenheit als 3. Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Aussprache am Schluß der Versammlung führte dazu, daß der übergroße Teil der Versammlung den Saal verließ, um dadurch zu bekunden, daß sie in Gewerkschaftsversammlungen von der Erörterung parteipolitischer Fragen nichts wissen wollen.

München. Im überfüllten Saale des Thomasbräu berichtete Kollege Erhart über die Lohnverhandlungen für die Gemeinde-

arbeiter Bayerns vom 24. Juli 1925 in Augsburg. (Siehe auch Bericht Bayern.) Ein Sturm der Entrüstung brach los, als Erhart mitteilte, daß die Bezirkschiedsstelle, die am 25. Juli tagte, die Forderungen der Arbeiterschaft durch Schiedspruch ebenfalls abgelehnt hat. In eineinhalbstündigen Ausführungen nahm der Referent zur Haltung des L.A.B. und der Begründung des Schiedspruches, der vom Geist der Denkschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände durchdrungen ist, Stellung. In sachlicher Weise zerprüfte er den Inhalt dieser Denkschrift, deren Motto: „Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung“ ist und erläuterte damit die einstimmige Ablehnung des Schiedspruches der Landestarifkommission. Eine kleine Kommission der Landestarifkommission ist beauftragt, die Vorarbeiten für den Abwehrkampf, der die Durchführung einer Urabstimmung notwendig macht, zu treffen. Erhart empfahl der Versammlung ohne Aussprache durch Annahme einer Entschließung ihren Willen zur Tat zum Ausdruck zu bringen und damit zu bekunden, daß sie wie ein Mann hinter ihrer Landestarifkommission und ihrer bisher eingenommenen Haltung stehe. Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Bericht folgte die einstimmige Annahme nachstehender Entschließung:

„Die am 28. Juli 1925 im Thomasbräu versammelten Gemeindegewerkschaften nehmen den elagierenden Bericht der L.A.B. über die geführten Lohnverhandlungen mit dem L.A.B. zur Kenntnis. Gegen die strikte Ablehnung ihrer berechtigten Forderung durch den L.A.B. erheben die städtischen Arbeiter schärfsten Protest. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß sie die eingenommene Haltung ihrer L.A.B. reiflich billigt und diese, für den Fall, daß auf dem Wege der Schiedsstellen kein anderes Resultat zu erzielen ist, ermächtigt, alle weiteren Schritte, die sie für die Durchführung ihrer Forderungen für zweckmäßig und notwendig erachtet, von sich aus unternehmen kann. Die Folgen, die sich aus dem für die Arbeiter unerbittlichen Verhalten des L.A.B. für die Gemeinden Bayerns ergeben können, lehnen die Versammelten ab und beantworten diese dem L.A.B.“

Der Bericht des Kollegen Moser über die Tätigkeit des Gewerkschaftsvereins wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen und die Kollegen Bed, Jürgelsberger, Kiermeier, Schrot, Moser Anton, Kurländer und Spehinger als Delegierte des Gewerkschaftsvereins gewählt. Dem Bericht des Kollegen Sellmeier, der den Zweck, Ziel und Durchführung des Gewerkschaftsvereins schilderte, schloß sich eine lebhafte Aussprache an, bei der dem berechtigten Unmut über die schikanöse Behandlung durch die Kollegdirektion in berechneten Worten Ausdruck verliehen wurde. Die Parole der Arbeiter, die man wieder einmal als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt, muß deshalb lauten: Nun erst recht! Hierauf behandelte Kollege Erhart noch die Anstellung eines Sekretärs und empfahl den Kollegen Sellmeier, der sich in seiner dreimonatigen Probezeit bewährt hat, zur ungünstigen Wahl. Mit allen gegen drei Stimmen wurde seine Anstellung als Sekretär beschlossen.

Wirtschaftsbezirk Nordwest. Die letzte Lohnbewegung brachte den städtischen Arbeitern im Bereich des Arbeitgeberverbandes nordwestdeutscher Gemeinden und Kommunalverbände eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde, die an zwei Terminen in Kraft trat. Der erste Teil, welcher den Schiedspruch des Zentralausschusses bedeutete, wurde am 16. März, der zweite Teil, welcher den Vorschlag des staatlichen Schlichters bedeutete, am 18. April zur Auszahlung gebracht. Die Forderung der städtischen Arbeiter war damals aufgebaut auf der Grundlage der Lebensverhältnisse von 1913-14, und um diesen Stand wieder zu erreichen, wäre eine Zulage von 22 Pf. pro Stunde notwendig gewesen. Obgleich die Lohnerhöhung nicht ausreichte, die Lebensverhältnisse der Arbeiterfamilien in ein angemessenes Verhältnis zu 1913-14 zu bringen, mußte der Schlichtungsvorschlag doch angenommen werden, weil keine Aussicht bestand, noch mehr zu erreichen. Gemessen die Löhne am Existenzminimum hätte die Zuschlagssumme noch höher als unsere Forderung sein müssen. Die in der letzten Lohnbewegung nicht ausgeglichene Lücke im Einkommen der städtischen Arbeiter gegenüber 1913-14 und auch am heutigen Existenzminimum besteht unermindert weiter. Zwischen ist die bremische Leuerungsziffer von Monat zu Monat gestiegen und beträgt für Juni 140,1, gegen 132,5 im Monat April. Wenn diese Steigerung der Leuerungsziffer an sich auch nicht erheblich ist, so ist ihre Wirkung im Zusammenhang mit den an und für sich ganz unzureichenden Löhnen der städtischen Arbeiter untragbar. Aus diesen Erwägungen heraus wurde am 7. Juli eine neue Lohnbewegung eingeleitet. Befordert wurde von den Arbeitern eine allgemeine Lohnerhöhung für alle Lohngruppen und Ortsklassen. Weiter wurde verlangt, daß der Lohn der unteren Lohngruppen und der jüngeren Arbeitskräfte besonders gehoben werde, deren Existenz mit den heutigen Lohnsätzen fraglich geworden ist. Am 15. Juli fanden die Lohnverhandlungen statt. Der nun mit einem Entgegenkommen der Arbeitgebervertreter gerechnet hatte, wurde gewaltig enttäuscht. Das Protokoll der Verhandlung sagt hierüber folgendes:

„Nach getrennter Beratung führt der Herr Vorsitzende aus, daß infolge der durch die Schiedsstellen und den Schlichter hinausgelegten Löhne die Lohnhöhe über das von den Vertretern der Mitgliedsstädte zu verantwortende Maß hinausgegangen wäre und es wäre schon früher darauf hin-

gewiesen worden, daß vordehaken bleiben müsse, die Löhne zu gegebener Zeit zu verringern. Dadurch, daß die Löhne zu hoch hinaufgesetzt wären, sei die jetzt etwa 5,5 v. H. betragende Steigerung der Löhne vollständig abgegolten. Die Städtevertreter erklärten sich außerstande, den Vorschlag, den die Löhne der Gemeindearbeiter gegenüber den Reichslöhnen und der bisher immer zum Vergleich herangezogenen Privatindustrie haben, weiter zu veranlassen.

Trotz dieser unzweideutigen Erklärung, die jeden Zweifel ausschloß, bemüht sich nochmals die Arbeitnehmervertreter, die Arbeitgebervertreter von der Unrichtigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen. Nachdem auch hier jede Hoffnung verschwunden war, mußte die Verhandlung als gescheitert angesehen werden. Hoffentlich werden nunmehr die Schlichtstellen mehr Einsicht zeigen als unsere Arbeitgebervertreter, die mit ihrer Arbeiterschaft in enger Berührung leben. Nachdem bis jetzt mit den tariflichen Schlichtinstanzen gemachten Erfahrungen sind dort die Ausschichten auch keineswegs rosig. Lohnfragen sind eben Machtfragen, die nur dann eine tragbare Lösung finden, wenn eine starke Organisation vorhanden ist. Die Arbeitgeber sind organisiert, mithin muß der letzte beim Bremer Staat beschäftigte Arbeitnehmer dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehören, um diese Lohnbewegung zugunsten der Arbeitnehmer zu beenden.

• Betriebsräte •

Ende des Schutzes der Mitglieder der Betriebsvertretung. Umorganisation ist nicht eine teilweise Betriebsstilllegung, sondern Betriebs einschränkung. (Zu §§ 96, 98 BRG.) Unrichtig ist die Auffassung des Arbeitgebers, daß die Kündigung der Zustimmung nicht bedürftig habe, weil der Kläger nur bis zum 31. Dezember 1923 als Betriebsobmann gewählt war und er zu diesem Zeitpunkt nicht allein dem Kläger, sondern allen Angestellten mit Ausnahme eines Kriegsbeschädigten gekündigt hat, so daß die Wahl eines Betriebsobmannes für das Jahr 1924 nach § 2 Abs. 2 BRG. nicht mehr zulässig gewesen wäre. Das Gesetz knüpft das Erfordernis der Zustimmung lediglich an den Augenblick des Zuganges der Kündigung, wenn es bestimmt, daß zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Betriebsobmannes der Arbeitgeber der Zustimmung der Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer des Betriebes bedarf. Ist der Angestellte in diesem Zeitpunkt Betriebsobmann, dann ist die Zustimmung nötig. Daß das Ende der Kündigungsfrist mit dem Zeitpunkt des Endes der Wahlperiode zusammenfällt, ist unerheblich. Für diesen Fall ist im Gesetz keine Ausnahme gemacht. Die Amtsdauer des Betriebsobmannes kann auch noch über das Ende der Wahlperiode hinaus fortzuauern haben. Denn er hat so lange im Amte zu bleiben, bis der neue Betriebsrat gebildet ist (§ 43 BRG.). Ebenso ist es nicht von Bedeutung, daß gleichzeitig mit der Kündigung des Betriebsobmannes sowie Arbeitnehmern gekündigt wird, daß zur Zeit der Kündigung vorauszusehen war, es werde bei Ablauf der Kündigungsfrist die nach § 2 Abs. 1 BRG. erforderliche Anzahl von mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern in dem Betriebe nicht vorhanden sein. Die Verhältnisse können sich bis dahin ändern. — Zwar ist der auch wohl befristeten, aber als herrschend zu beziehenden Auffassung beizutreten, die unter Stilllegung im Sinne des § 96 Abs. 2 Ziffer 2 BRG. auch die nur teilweise Stilllegung des Betriebes versteht. Aber auch von einer teilweisen Stilllegung des Betriebes des Beklagten kann keine Rede sein. Eine solche will der Beklagte in der Einziehung der Losprüfungsstelle sehen, in der der Kläger jetzt beschäftigt gewesen ist. Das Tätigkeitsfeld der Losprüfungsstelle hatte keine selbständige Bedeutung; sie war nur ein unvollständiges Glied des Gesamtunternehmens und war dazu bestimmt, dessen Zweck, möglichst hohe Einnahmen aus dem Betriebe der Lotterie zu erzielen, in einer bestimmten Richtung zu fördern, die Abrechnung und Verwendung der den Lottereeinnahmern zur Verfügung gestellten Gelder zu überwachen. Die Losprüfungsstelle, deren Arbeit im wesentlichen allein vom Kläger verrichtet wurde, kann deshalb als selbständige Abteilung nicht angesehen werden. Die Losprüfung ist nicht etwa vollständig ausgefallen worden. Wenn die Lose der letzten Ziehung auf Papiermarktgrundlage nicht vollständig durchgeprüft sind, weil bei der starken Geldbewertung ein Interesse an der Rückforderung der von den Lottereeinnahmern zur Auszahlung von Gewinnen nicht verbrauchten Geldern nicht bestand, so liegt bei dieser Ziehung nur eine Einschränkung der Losprüfung vor. Von einer Einstellung der Losprüfung könnte erst dann die Rede sein, wenn der Beklagte auch bei der ersten wertbeständigen Lotterie keine Lose hätte prüfen lassen. Dieses hat er aber selbst nicht behauptet. Während in der Zeit von 1920 bis 1923 die Lose in der Losprüfungsstelle von Angestellten geprüft wurden, hat der Beklagte vom Jahre 1924 an die Prüfung wieder von Beamten der technischen Abteilung wahrnehmen lassen. Daraus geht hervor, daß es sich nur um eine innere Umgestaltung des Betriebes handelt. Eine derartige Umorganisation kann aber nicht für eine teilweise Betriebsstilllegung erachtet werden. (Urteil des Kammergerichts vom 20. Januar 1925, Abt. 8. U. 9970/24, Neue Zeitschr. für Arbeitsrecht 1925, Sp. 248.)

• Rundschau •

Die Lueger-Garde lebt wieder auf. In Zeit schwerster wirtschaftlicher Not verendet der Verband christlicher Straßenbahner Wiens an alle größeren Stadtverwaltungen ein Bittschreiben, in welchem sie einen Beitrag zur Beschaffung einer Lueger-Fahne erlöchen. Wie naiv sind doch diese Christen in Wien. Sie glauben jedenfalls, daß die Welt inzwischen vergessen hat, wer eigentlich Lueger war, der, wie es im Jammerbittschreiben zu unrecht heißt, „heute noch frisch und unverwelkt in den Herzen aller wurzelechten Wiener fortlebt“. Der frühere Oberbürgermeister Lueger war ein Gewaltmensch, unbuldsam, Führer der Antisemiten, ein Mann der alten Zeit, in welcher die Arbeiter rechtlos waren. Und nun kommen die christlichen Arbeiter, ausgerechnet der musterhaft organisierten Straßenbahner Wiens, und finden als erste und ernsthafteste Pflicht eines denkenden Arbeiters, „aus Dankbarkeit und in unerhöhlischer Treue und Anhänglichkeit zu Ehren ihres ehemaligen Chefs im August 24. im Frauentloster in Wien eine herrliche Lueger-Fahne in Bestellung gegeben“. Die Fahne sei „ein wahres Prachtstück heimischer Kunst“ und sei im Pfarrhaus zu Gersthof jederzeit zu besichtigen, koste nur 3000 Schillinge. Da nun zu einer Fahne auch eine Fahnenweihe gehört, so steigert sich die nötige Summe auf 5000 Schillinge! Und diesen Betrag will man möglichst außerhalb Wiens zusammenbetteln. Ist das nicht sonderbar? Lueger soll der Heros Wiens gewesen sein, dem die zweimillionenstadt so viel zu danken habe, und diese vielen treuen Anhänger haben nicht einmal den Mut, 4000 Reichsmark aus eigener Tasche aufzubringen? Eine „Lueger-Garde“ muß sich bilden, um das lumpige Geld im Zustande zusammenzubringen. Die vielen Tausende frei organisierter Straßenbahner Wiens werden wenig davon entzückt sein, daß gerade ihre Berufskollegen für den Hauptmann der alten Zeit den Betrieh schwingen, die ganze Welt in Aufruhr versetzen, weil man in Wien selbst für einen so „großen Mann“ keine 4000 Mark aufbringen kann. Wie wir hören, haben die meisten Stadtverwaltungen die Spende abgelehnt, und unsere Wiener Freunde werden sicher ihren christlichen Brüdern darob ernstlich den Kopf zurechtsetzen. — Was ist die Ablehnung von Mitteln aus verschiedenen Städten, wie z. B. Frankfurt a. M., bekannt geworden. Es wäre uns interessant zu erfahren, ob überhaupt eine deutsche oder österreichische Stadt den zweifelhaften Mut gefunden hat, für solche gelben Lueger-Garden Hilfsmittel zu bewilligen.

Soll der Gewerkschafter sparen, und wo soll er sparen? Allenthalben im Lande macht sich eine lebhaftere Propaganda, insbesondere der kommunalen und privaten Sparkassen zur Wiederbelebung des Spartriebes bemerkbar. Annehmend ist es der ruhigen Wertetätigkeit gelungen, auch wieder eine größere Anzahl von Sparern zu gewinnen. Wenn wir uns vor Augen halten, welchen relativ bedeutsamen Faktor die Spargelder der Arbeitnehmererschaft für das deutsche Wirtschaftsleben spielen, so ergibt sich für uns automatisch die Forderung, daß unter allen Umständen dafür gesorgt werden muß, daß diese Spargelder auch an solchen Stellen gesammelt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß ihre Verwendung in einem Sinne erfolgt, die den Interessen der Arbeitnehmererschaft entspricht. Wir sind heute so weit, daß wir ein eigenes leistungsfähiges Finanzinstitut in der Person der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. zur Verfügung haben. Freilich mangelt es unserer Bank noch an einem weit ausgedehnten Filialnetz, das sicherlich für alle unsere Bestrebungen, insbesondere auch für die Spartätigkeit wünschenswert wäre. Indessen hat die Bank es sich angelegen sein lassen, einen Plan aufzustellen, wie auch bereits jetzt, ehe noch das Filialnetz ausgebaut ist, ein Sparverehr über das ganze Reichsgebiet aufgebaut werden kann. Genaue Vorschläge darüber sind dem ADGB. und den Verbänden der einzelnen Verbände zur Verfügung gegeben worden. Darin sind insbesondere drei Arten des Sparverkehrs, nämlich der Einzelparverkehr unmittelbar mit dem ADGB., dann der Einzelparverkehr durch Vermittlung von Vert. anseuten des ADGB. bzw. der Gewerkschaften und endlich der Sparmarktenverkehr. Die Verbände der Verbände haben es übernommen, diese Vorschläge genau durchzuprüfen und sich in Kürze darüber schlüssig zu werden, ob und in welcher Form für den Bereich ihres Verbandes die Arbeit praktisch aufgenommen werden kann. Wir empfehlen allen Gewerkschaftsmitgliedern, sich dieser Frage anzunehmen, damit eine weitere Grundlage für die Zusammenfassung der starken wirtschaftlichen Kräfte der Arbeitnehmererschaft geschaffen wird. Wir alle müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß unser Geld nur in unserer Bank zur Verfügung gestellt werden kann, die die Gewähr dafür gibt, daß es auch im Sinne unserer Ziele Verwendung findet.

Eingegangene Schriften und Bücher

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe.
 Von R. Beer. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68,
 Lindenstr. 114. Preis 8 Mk.

Ueber die Geschichte des Sozialismus besteht bereits eine umfangreiche Literatur. Als die bedeutendsten Schriften wären zu nennen das vierbändige Werk von Karl Kautsky: „Vorläufer des Sozialismus“, das ebenfalls vierbändige Werk von Franz Mehring „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, ferner „Die Geschichte des Sozialismus in Frankreich“ von Paul Louis, „Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten“ von Morris Hillquit, „Geschichte des Sozialismus in England“, von Beer, „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“ von Ludwig Brägel. Außerdem seien noch angeführt: Bernstein, „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, „Geschichte der USPD“ von Eugen Prager und andere. So wichtig alle diese Werke sind für den, der die Geschichte des Sozialismus kennen lernen will, so erfordert das Durcharbeiten dieser umfangreichen Bücher doch viel Zeit, die nicht jedem zur Verfügung steht. Schließlich ist die Sache auch mit erheblichen Geldkosten verknüpft, wenn man nicht Bibliotheken benutzen kann. Hier ist Beers „Allgemeine Geschichte des Sozialismus“ ein Ausweg. In dem 640 Seiten umfassenden Werk ist nicht nur die neue Geschichte des Sozialismus kurz und knapp gefaßt, sondern Beers Forschungsgeist strebt bis in das klassische Altertum zurück, wo wir bereits kommunistische Bewegungen und sozialistische Ansätze in Palästina, in Griechenland, in Rom usw. finden, und worin auch dem Christentum ein besonderes Kapitel gewidmet wird. — Der II. Teil beschäftigt sich mit den kommunistischen Bewegungen des Mittelalters, die wir unter anderem auch bei den alten Germanen und in den Klöstern finden. — Im III. Teil, „Neuere Zeit“, werden alle die kommunistischen Bewegungen geschildert, die einen religiösen Anstrich haben und die unter anderem auch an die Namen John Weyliff, John Ball, Johann Hus, Sebastian Franck, Thomas Münzer geknüpft sind. Wir lernen die Bedeutung der Hussitenkriege und die deutschen Bauernkriege kennen. Wir werden auch mit dem ersten großen utopischen Sozialisten Thomas Morus und seiner Utopia bekannt, ferner mit Thomas Campanella und dem von ihm konstruierten „Sonnenstaat“. Das Schlußkapitel dieses Teils beschäftigt sich mit den Sozialkritikern und Utopien in Frankreich, wobei Rousseau, Sinquet, Rodet u. a. eine Rolle spielen. — Der IV. Teil umfaßt die Zeit von 1750 bis 1860. Er behandelt zunächst die wirtschaftliche Umwälzung in England, wobei wir mit den englischen Nationalökonomen Adam Smith, Bentham und Ricardo bekannt werden. Es folgt dann das Kapitel „Englische Sozialkritik in der ersten Hälfte der wirtschaftlichen Umwälzung (Robert Wallace, Spencer und Bodenreform, Gobwin und der anarchistische Kommunismus, Charles Hall, Theoretiker des Klassenkampfes). Die nächsten Abschnitte dieses Teils sind den wirtschaftlichen Umwälzungsversuchen in Frank-

reich vor der Revolution gewidmet. Es folgt dann die französische Revolution selbst. Die Verschwörung von Babeuf und die Rückwirkung der französischen Vorgänge auf Deutschland. Dann folgt das Zeitalter Napoleons und der Utopisten Charles Fourier und Saint-Simon, der Beginn der englischen Arbeiterbewegung, die Zeit der Maschinenfäher, Robert Owen und anderer bis zum Niedergang des Chartismus. Das Schlußkapitel ist wieder Frankreich gewidmet, und zwar der Zeit des Bürgerkönigtums, in dem die Sozialisten und Anarchisten August Blanqui, Proudhon, Cabet, Lecouy und Blanc eine Rolle spielen. — Der V. und letzte Teil, „Die neueste Zeit bis 1920“, beschäftigt sich fast ausschließlich mit Deutschland. Der erste Abschnitt umfaßt die Zeit von 1800 bis 1847. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen über die politischen Verhältnisse in Deutschland während der ersten drei Jahrzehnte folgen wir auf die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, die sich zunächst mehr im Auslande als im Inlande abspielten („Bund der Gerechten“ und „Bund der Arbeiter“). Wir werden hier mit Beilung und seinen Freunden bekannt und gelangen schließlich in das Zeitalter, wo Karl Marx, Friedrich Engels und Lassalle auftraten, den Sozialismus wissenschaftlich begründeten und die moderne sozialistische Arbeiterbewegung ins Leben rufen. — Schließlich sind noch besondere Kapitel der I. und der II. Internationale gewidmet. Der Verfasser führt uns schließlich in den Weltkrieg und seine Folgen für die europäische Arbeiterbewegung allgemein und für die Internationale im besonderen. In besonderen Kapiteln werden die russische und die deutsche Revolution geschildert. Der letzte Aufsatz beschäftigt sich mit den kleineren Parteien in Europa, Australien, Südamerika und Asien. Das ganze Buch ist also eine Wanderung durch den Sozialismus von den frühesten Anfängen der Menschheitsgeschichte bis in die neueste Zeit. Jeder, der es gelesen hat, wird um großes Wissen bereichert und legt das Buch mit Befriedigung aus der Hand.

„Lassen Kats“ bringt mit seiner Nr. 32 eine Sondernummer zum Verfassungstag. Die Beilage gibt eine Reihe wohlgelegener Reproduktionen von Bildern und Karikaturen aus dem Freiheitskampf europäischer Völker. Auch der sonstige Inhalt des republikanischen Blattes „Lassen links“ steht tatkraftig und zeichnetlich auf gewohnter Höhe. Preis des Nummer 20 Pf.

Der „Hundertjährige Kalender“ ist in neuer Auflage im Verlag des „Vahrer Hinkelnden Voien“ (Worig Schönenburg, Laht in Baden) erschienen. Der „Hundertjährige“, ein wirkliches Volksbuch, verbreitet sich in unterhaltender, für jedermann leicht verständlicher Darstellung über die Zeiterteilung und Kalendermachen, über die verschiedenen Arten des Kalenders, über Weltkörper und Wetterkunde; er erklärt die Zeichen der wohlhabenden Sternendeckel und bringt neben wohlbedachten Wetterprophezeiungen ausgewählte Bauernregeln, Monatskalender usw. Der „Hundertjährige“, der für das ganze 20. Jahrhundert Gültigkeit hat, enthält alles, was zum Verständnis des Kalenders nötig ist, und sollte daher im Besitz jedes Kalenderlesers sein. Das geschmackvoll ausgestattete und hübsch gebundene Büchlein kostet nur 1,20 RMk.

„Komet-Freilauf“
 ES GIBT KEINEN BESSEREN!

SIGURD RADER

Enorm billig und doch gut!
 Fordern Sie gratis und franko KATALOG von der
 SIGURD-GESELLSCHAFT in H. CASSEL 107

Lohnender Nebenverdienst
 durch unauffällige Kundenwerbung
 (Lebensmittel). Anfragen unter 5373
 an Kriegerdank, Annoncen-Expedition, Berlin SW 61.

Hundebesitzer
 erhalten die Broschüre
Hundkrankheiten
 (reg. Einsend. von 30 Pf. durch
 Karl Brucksch, Jüterbog II, Salzbachstr. 2.

Rheinisches Apfelkraut
 altbekannte Güte, auch im Sommer unbegrenzt haltbar, liefert zu Mk. 3,50 pro 10 Pfd. Postreimer frei gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung auf Postcheckkonto 366 Köln. ERNST ADRIAN, OBERCASSEL, Stegkreis 19, Rhein, Apfelkraut- u. Geleefabrik.

 Gummil Saug etc. hyg. Art. Preis. send. gratis, disk. Versand. Pharm. hyg. Industrie Medicin. 100 21, Wiesm. 31.

Best die Kranke

Gallensteine
 wurden durch den bekannten Philippsburger Herbaria-Gallensteintee ohne Operation oft rasch und schmerzlos aufgelöst und abgeführt, was viele Dankschreiben der Verbraucher bezeugen. Paket 2,50 Mk. (Kur 3-6 Pakete). — Dankschreiben: „Der Herbaria Gallensteintee hat bei meiner Frau Wunder gewirkt. Krankheit ganz behoben, und sage sie Ihnen heralichen Dank dafür. (Alter 50 Jahre)“ — Im Februar d. J. bezog meine Frau 2 Pakete Ihres Herbaria-Gallensteintees, wodurch über 200 Steine abgeführt wurden, bitte nochmals um Zusendung von 3 Paketen. — Die Kur mit Ihrem Herbaria-Gallensteintee hat mir gut gefallen, es sind viele Steine abgegangen und ist mir gleich wieder geworden“ usw. Weitere Dankschreiben liegen uns massenhaft vor.

Blasen- und Nierenleiden
 der verschiedenen Arten wie: Blasen-, Nieren- und Harnröhrenverletzung, Harnverhaltung, Blasen-schwäche, Stein- und Griesbildung, Wassersucht, Schmerzen beim Urinieren usw., werden durch Herbaria-Blasen- und Nieren-Tee wirksam beeinflusst und behoben. Viele Dankschreiben. Paket 2,50 Mk. (Kur erfordert ca. 6 Pakete).

Arterienverkalkung
 deren rechtzeitige Behandlung vernachlässigt wird, führt oft zu frühzeitigem Tod durch Schlaganfall. Wir empfehlen allen Sklerotikern unseren Philippsburger Arterio sklerosettes Herbaria“ (Entkalkungstee). Er fördert die Blutzirkulation in den Schlag- und Pulsadern, reinigt und verdünnt das Blut, macht es dadurch zirkulationsfähiger, verhindert Kalkablagerungen, wirkt auflösend und löst die Rückbildung der verkalkten Adern zur normalen Elastizität, wodurch Brüchen und Schlaganfällen vorgebeugt wird und die Arbeitsfähigkeit länger erhalten bleibt. Viele Dankschreiben. Paket 2,50 Mk. (Kur: 10 bis 20 Pakete).

Bettflüssen
 ist keine Untugend, sondern die Folge einer Blasen-schwäche und wird durch Herbaria-Bettflüssen-Tee behoben. Paket 2,50 Mk. (Kur erfordert 3-6 Pakete). Versand gegen Einsendung des Betrages.

Herstellung und Versand: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 305 (Baden).

In der Sammlung
Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

sind neu erschienen:

Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot
Finanzierungsversuche und Möglichkeiten von Victor Rood, Berlin

Heft 15: Die deutsche Literatur
von Johannes Gut, Berlin

Heft 16: Gewerkschaften, Industriemenchheit und Produktionschule
von Emil Dittmer, Berlin

Heft 17: Gemeinwirtschaft, Sozialismus und Gewerkschaften
von Hermann Mattutat, Stuttgart

Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung
von Oskar Kurpat, Leipzig

Der Preis des Einzelheftes beträgt 0,40 M., für Verbandsmitglieder 0,25 M.

Bisher sind erschienen:

Heft 1: Aufsätze zur Einführung in die Psychologie.
Von Wilhelm Lutas, Essen a. d. Ruhr.
Eine Fülle von Anregungen und leichtverständlichen Erklärungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens, Denkens und Empfindens sind in dieser Schrift aufgezeichnet.

Heft 2: Semmelweis.
Eine Skizze v. Alfred von Berger.
(Vergiffen.)

Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.
Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
In die Tiefen und Weiten des unermesslichen Weltalls führt Job. Gut mit dieser Schrift über die Entwicklung der Welten, über Kraft und Stoff, die Grundlagen des Weltaufbaues.

Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.
Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
Von der winzig kleinen Urzelle angefangen bis zu hochentwickelten Pflanzen und Tieren, vom einzelnen Lebewesen bis zur Millionenzellenorganisation wird in vollstimmiger Weise der Zusammenhang in der Entwicklung des Lebens dargestellt.

Heft 5: I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.
II. Kommunalisierung, Entkommunalisierung, Sozialisierung.
Von Fritz Müntner, Berlin.
Die im vorliegenden Heft zusammengefaßten beiden Vorträge geben einen Ueberblick über die bestehende und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.

Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.
Von Emil Dittmer, Berlin.
In bemerkenswerter Weise zeigt der Verfasser eine Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern jeder einzelne einlegen kann, um am Ganzen mitzuwirken.

Heft 7: Soziale Gedichte.
Eine Auswahl neuerer Arbeiterdichtungen, die vom Schaffen und Streben, von Freude und Leid des arbeitenden Volkes singen.

Heft 8: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.
Von Johannes Gut, Berlin.
Im ersten Teil der Entwicklungsgeschichte führt uns Johannes Gut in leichtverständlicher Erzählweise, beginnend mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch Altterium und Mittelalter der Weltgeschichte.

Heft 9: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.
Von Johannes Gut, Berlin.
Im zweiten Teile der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts zeigt der Verfasser den gewaltigen Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tatsachenmaterial belegt, wird die Geschichte der deutschen Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser zugänglich gemacht.

Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.
Kurze Biographien über Marx, Debel, Uglan u. a. Das Buchlein bringt uns eine Auswahl von Lebensbeschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiterführer, die sich um die sozialistische und freiarbeiterwirtschaftliche Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.

Heft 11: Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobleuten.
Von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen.
Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung d. Entlassungsschutzes für Betriebsvertretungsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung.

Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?
Von Oskar Kurpat, Leipzig.
Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften und erklärt Zweck und Ziel dieses bedeutsamen Teiles der modernen Arbeiterbewegung.

Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.
Von Willy G. Chapin, Leipzig.
Aus dem Inhalt: Was müssen wir von der Entwicklungslinie des Kapitalismus wissen? Kräfte der kapitalistischen Entwicklung, Unternehmungsformen. Die modernen industriellen Monopole u. a.

Die Preise für die Hefte 1 bis 4, 8 bis 18 sind 0,40 Goldmark, für die Hefte 5 bis 7, 0,25 Goldmark, für Verbandsmitglieder nur 0,25 bzw. 0,15 Goldmark.

Su beziehen durch:
Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Berlin SO. 33, Schleifische Straße 42.